

Mittelstands Magazin

www.mit-magazin.de

G 1480

9

2016

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

POLITIK

Eine Steuerreform
ist überfällig

PARTEIEN

Gabriel unter
Dauerbeschuss

PRO & CONTRA

Kommt es zu
Schwarz-Grün?



Immer schön
flüssig bleiben

Instrumente zur Liquiditätsplanung



Alles Wichtige mach' ich selbst!

LexWARE

Einfach machen

Erst recht, wenn es um meine Finanzen geht.

Buchhaltung, Aufträge, Rechnungen oder Lohn und Gehalt: Mit Lexware haben Sie mit einem Klick alle Geschäftszahlen selbst im Blick – im Büro, zu Hause oder unterwegs. Egal, ob Sie das erste Mal mit Buchhaltung zu tun haben oder Vollprofi sind. **Jetzt 4 Wochen kostenlos testen!** www.lexware.de

Steuerreform: Wann, wenn nicht jetzt?

Satte 16 Jahre liegt die letzte große Steuerreform in Deutschland mittlerweile zurück. Damals senkte die rot-grüne Koalition schrittweise den Eingangs- und den Spitzensteuersatz. Seitdem gab es einige Anläufe, das Steuersystem grundlegend zu reformieren. Erst 2003 durch Friedrich Merz („Bierdeckel-Konzept“) und dann 2005 durch Paul Kirchhof („Flat-Tax“). Daran, wie Altkanzler Schröder das Kirchhof-Modell als „Vorschlag eines Professors aus Heidelberg“ abkanzelte, erinnern wir uns noch gut.

Hohe Abgabenlast

Währenddessen haben immer höhere Lohnnebenkosten und die kalte Progression der Mitte viel abverlangt. Bei der Steuer- und Abgabenlast nimmt Deutschland im OECD-Vergleich einen Spitzenplatz ein. Inklusive Arbeitgeber-Sozialbeiträge muss ein alleinstehender Durchschnittsverdiener hierzulande 49,4 Prozent des Bruttolohns abführen – nur in Belgien und Österreich ist es mehr.

Diese Entwicklung trifft die deutsche Volkswirtschaft mitten ins Mark. Immer wieder berichten mir Mittelständler davon, dass sich für viele ihrer Angestellten die zusätzliche Stunde Arbeit nicht mehr lohne. Statt im eigentlichen Job abends noch eine Stunde dranzuhängen, suchten sich viele einen 450-Euro-Job, da von diesem netto mehr übrig bliebe. Produktivität entsteht aber vor allem im Grenznutzenbereich, das heißt, die zusätzliche Stunde Arbeit beim Maschinenbauer ist für die Volkswirtschaft viel interessanter als beim Minijob „um die Ecke“.

Nicht zuletzt deshalb haben wir als MIT Anfang August ein Konzept für eine umfassende Steuerreform vorgestellt. Unser Ziel: Der Staat soll den Bürgern ein Drittel der erwarteten Steuermehreinnahmen zurückgeben. Welche Punkte unser Konzept konkret beinhaltet und wie sich die Verteilung auswirkt, lesen Sie ab Seite 10.

Viel Lob, aber auch Kritik

Das mediale Echo auf unsere Pressekonferenz war groß. Für unseren Aufschlag erhielten wir viel Zuspruch, aber auch Kritik aus der Opposition. Zwei Vorwürfe wurden besonders häufig erhoben. Erstens: Die Reform sei sozial ungerecht, da sie vor allem Spitzenverdiener entlaste. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Von der Verdoppelung

der Werbungskostenpauschale profitieren vor allem mittlere Einkommen. Die Absenkung der Steuersätze ausschließlich im unteren und mittleren Bereich begünstigt alle Steuerzahler – am stärksten aber die Einkommensgruppen zwischen 13.669 und

60.000 Euro. Genau diese Mittelschicht musste stets steigende Sozialbeiträge verkraften, ohne je entlastet zu werden.

Der zweite Vorwurf: Das Steuerkonzept sei nicht gegenfinanziert. Zentrales Element unseres Konzepts ist die Finanzierung aus den stark ansteigenden Steuern. Es ist immer wieder interessant zu beobachten, dass sich in diesem Land diejenigen rechtfertigen müssen, die angesichts staatlicher Rekorderinnahmen den Bürgern zumindest einen Teil ihres Beitrags dazu erlassen wollen. Teilweise war sogar von „Geschenken“ an die Bürger die Rede. Solch ein Staatsverständnis ist mit ein Grund für den Politiker-Verdross in Deutschland.

Ich bin zuversichtlich, dass es uns gelingen wird, unser Konzept auf den Parteitag von CDU und CSU einzubringen. Bis dahin liegt viel Arbeit vor uns. Lassen Sie uns unser Steuerkonzept gemeinsam auf allen MIT-Ebenen in die CDU- und CSU-Kreis-, Bezirks- und Landesverbände einbringen. Genauso müssen wir das Gespräch mit anderen Parteien suchen – auch mit der FDP. Ich freue mich auf die nächste Bundesvorstandssitzung, wenn wir unser Modell mit dem FDP-Vorsitzenden Christian Lindner diskutieren werden.

Herzlichst

Ihr Carsten Linnemann



Dr. Carsten Linnemann ist Bundestagsabgeordneter und Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

Meine Branche: speziell.

Meine kaufmännischen Prozesse:

individuell.

Mit Software von DATEV.



Wenn es um Ihre Branche geht, dann sind Sie Experte. Auch für Ihre Lohn- und Gehaltsabrechnung oder für die Finanzbuchführung gibt es ausgewiesene Spezialisten: Ihr Steuerberater und die kaufmännische Software von DATEV gestalten individuelle Unternehmensprozesse einfach und zuverlässig.

Mehr Infos unter 0800 100 1116
oder auf www.datev.de/meinebranche



Zukunft gestalten. Gemeinsam.

4 ► INHALT

POLITIK

- 3 **EDITORIAL**
MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann zur aktuellen Politik
- 5 **Unsere Seite-5-Karikatur**
- 6 **Aus anderer Sicht**
Unser Kolumnist Hugo Müller-Vogg kommentiert trotz Sommerloch
- 8 **Geschäftserwartungen im Mittelstand**
- 10 **Es wird Zeit für eine Steuerreform**
- 14 **Leserbrief**



WIRTSCHAFT/ UNTERNEHMEN

- 16 **Verschlechtert sich die Zahlungsmoral, ist Liquidität umso wichtiger**
- 20 **MIT:ERKLÄRT**
Wirtschaftsminister Gabriel und sein Kartell-Problem
- 22 **Pro & Contra**
Schwarz-Grün als neues Modell für Berlin?



SERVICE

- 24 **Unsere Bücherseite: Für Sie gelesen**
- 25 **Auto-Fahrbericht:**
Infiniti und Peugeot
- 26 **Aktuelle Urteile**



MIT-/ MU-INSIDE

- 27 **EU-Check/ Jahrestage**
- 28 **MIT- und MU-Inside**
- 32 **Neu in der MIT**
- 33 **Neues aus der Bundesgeschäftsstelle**
- 34 **Auf den Punkt gebracht**
Chefredakteur Günter F. Kohl spitzt die Feder
- 34 **Impressum**



EINE FESTE GRÖSSE IN DER UNTERNEHMENSPLANUNG.



ŠKODA
SIMPLY CLEVER

OCTAVIA COMBI

mtl. ab **220 €¹**



Der ŠKODA OCTAVIA - unser Erfolgsmodell seit 20 Jahren.

Wer in der Geschäftswelt seine Ziele erreichen will, braucht die richtigen Fähigkeiten. So hat sich auch der OCTAVIA in seiner 20-jährigen Laufbahn mit Qualitäten wie Funktionalität, Sicherheit und einem überragenden Raumangebot als erste Wahl in unzähligen Flotten bewährt. Dank seines modernen Designs, zahlreicher Assistenzsysteme und innovativer Funktionen wie der Phonebox für kabelloses Laden ist er auch für die Zukunft bestens aufgestellt. **Planen Sie Ihre Zukunft mit dem OCTAVIA: Für eine Probefahrt und ein persönliches Angebot kontaktieren Sie unsere Business-Hotline unter 0800/25 85 855. Mehr auch unter skoda-geschäftskunden.de**

Unser Angebot:

ŠKODA OCTAVIA Combi 1,6l TDI Ambition (81 kW), inkl. Metalliclackierung und Businesspaket Amundsen

Leasingrate, mtl.	220,00 € ¹
Wartung & Verschleiß PLUS-Aktion, mtl.	24,00 € ²
ReifenClever-Paket, mtl.	15,57 € ³
Gesamtleasingrate, mtl.	259,57 €

¹ Berechnung des Ratenbeispiels und der Dienstleistungs-Ratenbeispiele: ŠKODA OCTAVIA Combi 1,6l TDI Ambition (81 kW), unverbindliche Preisempfehlung 22.521,01 € zzgl. MwSt., exkl. Überführungs- und Zulassungskosten. Laufzeit 48 Monate und jährliche Laufleistung 20.000 km. Alle Raten zzgl. MwSt. Ein Angebot der ŠKODA Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorn Str. 57, 38112 Braunschweig, nur gültig für Großkunden mit Rahmenabkommen der Volkswagen AG und bei Bestellung bis zum 30.9.2016. Bonität vorausgesetzt. ² Zzgl. MwSt., Wartung & Verschleiß PLUS-Aktion für eine Gesamtleistung bis zu 90.000 km. ³ Zzgl. MwSt., saison- und verschleißbedingter Reifenersatz ausgewählter Reifenfabrikate, wie z. B. Semperit, inkl. ein Satz ŠKODA Original Winterkomplettäder mit Stahlfelgen und Premiumbereifung (195/65 R15), Sommerreifen (205/55 R16). ²⁺³ Nur gültig in Verbindung mit einem neuen Geschäftsfahrzeugleasing-Vertrag bei der Volkswagen Leasing GmbH.

Kraftstoffverbrauch für Leasingangebot ŠKODA OCTAVIA Combi 1,6l TDI Ambition (81 kW) in l/100 km, innerorts: 4,5; außerorts: 3,5; kombiniert: 3,9. CO₂-Emissionen kombiniert: 101 g/km (gemäß VO (EG) Nr. 715/2007). Effizienzklasse A. Kraftstoffverbrauch für alle verfügbaren Motoren in l/100 km, innerorts: 8,4-4,2; außerorts: 5,7-3,5; kombiniert: 6,6-3,9. CO₂-Emissionen kombiniert: 154-101 g/km (gemäß VO (EG) Nr. 715/2007). Effizienzklasse C-A. Abbildung und Text enthalten Sonderausstattung.

Unter Rot-Grün wären die Flüchtlingszahlen viel höher

Von Hugo Müller-Vogg

Da gibt es nichts zu leugnen: In der Flüchtlingspolitik gibt es erhebliche Differenzen zwischen CDU und CSU. Auch innerhalb der CDU gibt es scharfe Kritiker der Willkommenspolitik. Was freilich in den vergangenen Monaten weitgehend untergegangen ist: Parallel zum nicht sehr differenzierten „Wir schaffen das“ ist das Asylrecht viel restriktiver geworden.

Ohne die Opposition der CSU und ohne die offene Kritik der Rechts- und Sicherheitsexperten in den Reihen der CDU-Abgeordneten wäre es dazu freilich nicht gekommen. Tatsache ist auch, dass die SPD jedes Mal erst laut protestiert und dann doch zugestimmt hat. Selbst bei den Grünen sind einige zur Besinnung gekommen und haben im Bundesrat wichtige Gesetze passieren lassen.

Was im Windschatten der Willkommenspolitik in den verschiedenen Asylpaketen verändert wurde, ist durchaus beachtlich. Das wird besonders deutlich, wenn man sich vorstellt, 2015 wäre eine rot-grüne oder eine rot-rot-grüne Bundesregierung im Amt gewesen. Dann sähe die Flüchtlingspolitik so aus:

- Allen hier illegal beziehungsweise geduldet lebenden Zuwanderern wäre längst das Aufenthaltsrecht gewährt worden.
- Bei abgelehnten, gleichwohl „integrierten“ Asylbewerbern würde seitdem auf eine Abschiebung ver-

zichtet. Zu der beschlossenen Erleichterung von Abschiebungen wäre es gar nicht gekommen.

- Die Sozialleistungen für Flüchtlinge wären längst deutlich höher, die Attraktivität Deutschlands als Zufluchtsort damit noch größer.
- Die Asylverfahren wären nicht beschleunigt worden (Asylpaket I).
- Albanien, Kosovo, Montenegro, Bosnien-Herzegowina, Serbien und Mazedonien wären nicht zu sicheren Herkunftsländern erklärt worden (Asylpaket I und II).
- Es gäbe keine Vereinbarung der EU mit der Türkei.
- Der Familiennachzug wäre für Menschen, die subsidiären Schutz

genießen, nicht für zwei Jahre ausgesetzt (Asylpaket II), sondern für alle Flüchtlinge erleichtert und beschleunigt worden.

- Verstöße gegen die Residenzpflicht während des Asylverfahrens würden nicht geahndet (Asylpaket I), eine Wohnsitzauflage für Menschen mit Bleiberecht wäre nicht eingeführt worden (Integrationsgesetz).
- Der Doppelpass wäre die Regel. Alle Zuwanderer dürften jeweils den Ausweis benutzen, der ihnen am meisten nutzt.
- Durch ein „liberales“ Einwanderungsgesetz wäre der Zuzug nach Deutschland mehr oder weniger für alle möglich, die hier – tatsächlich oder vermeintlich – Arbeit suchen.



Foto: Chaperon

Dr. Hugo Müller-Vogg, Publizist und Autor zahlreicher Gesprächsbiografien, u. a. mit Angela Merkel und Horst Köhler. Neuestes Buch: „Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient“. Häufiger Gast von Talk-Runden. Von 1988 bis 2001 Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. www.hugo-mueller-vogg.de. Auf Twitter folgen: @HugoMuellerVogg

Das alles ändert freilich nichts daran, dass die Folgen der unregulierten und ungesteuerten Zuwanderung uns noch teuer zu stehen kommen. Ein Großteil der 2015 ins Land geströmten Menschen wird lebenslanglich auf staatliche Hilfe angewiesen sein: Die Parallelgesellschaften werden sich ausdehnen. Obendrein dürften die Sympathien vieler Bürger für rechts-populistische und rechtsradikale Positionen eher zu- als abnehmen.

Eines ist klar: In der Politik gibt es wie im wahren Leben immer eine Alternative. Die rot-grüne bzw. rot-rot-grüne Alternative zur Merkel'schen Politik hätte die Flüchtlingszahlen noch stärker in die Höhe getrieben.



DEMNÄCHST...

WIR SIND MARKTFÜHRER FÜR DEN MITTELSTAND

Geschäftsreisen mit Lufthansa City Center Business Travel

Der Mittelstand versteht den Mittelstand am besten: Als inhabergeführtes Netzwerk stellt jedes einzelne Lufthansa City Center Reisebüro selbst ein mittelständisches Unternehmen dar. Unsere regionale Verwurzelung vor Ort und die persönliche Betreuung machen bei uns den Unterschied.

Wir bieten:

- Gelebte Dienstleistungskultur und hohe Beratungsqualität
- Flächendeckende Präsenz in einem globalen Netzwerk mit starker Basis in Deutschland
- Prozessoptimiertes Management des gesamten Reisegeschäfts

Kontakt:

Lyoner Straße 36, 60528 Frankfurt/Main | Telefon: 069/66075-400
E-Mail: LCC-Businesstravel@LCC.de | Web: www.LCC-Businesstravel.de





Plus bei Auftragseingängen und Umsätzen

Alle in der Befragung untersuchten Indikatoren nahmen einen positiven Verlauf. So berichteten mehr Unternehmen als im Vorjahr von steigenden Auftragseingängen. 29,4 Prozent waren es 2016, 27,8 Prozent vor einem Jahr. Auch mussten weniger Befragte Auftragseinbußen hinnehmen. Handel und Dienstleistungsgewerbe verzeichneten auf Jahressicht die stärksten Verbesserungen.

Der gute Jahresauftakt dürfte der Mittelstandskonjunktur für 2016 indes weiter Auftrieb geben. Die Erwartungen der Unternehmen zu Auftragseingängen und Umsätzen sind entsprechend positiv ausgefallen. Fast die Hälfte rechnet bis zum Herbst mit einem Auftragsplus, nur wenige befürchten eine schlechtere Auftragslage. Auch die Umsatzkurve zeigt weiter nach oben: 42,5 Prozent der Befragten erwarten, dass die Umsätze steigen. Die meisten positiven Meldungen gab es im Baugewerbe.

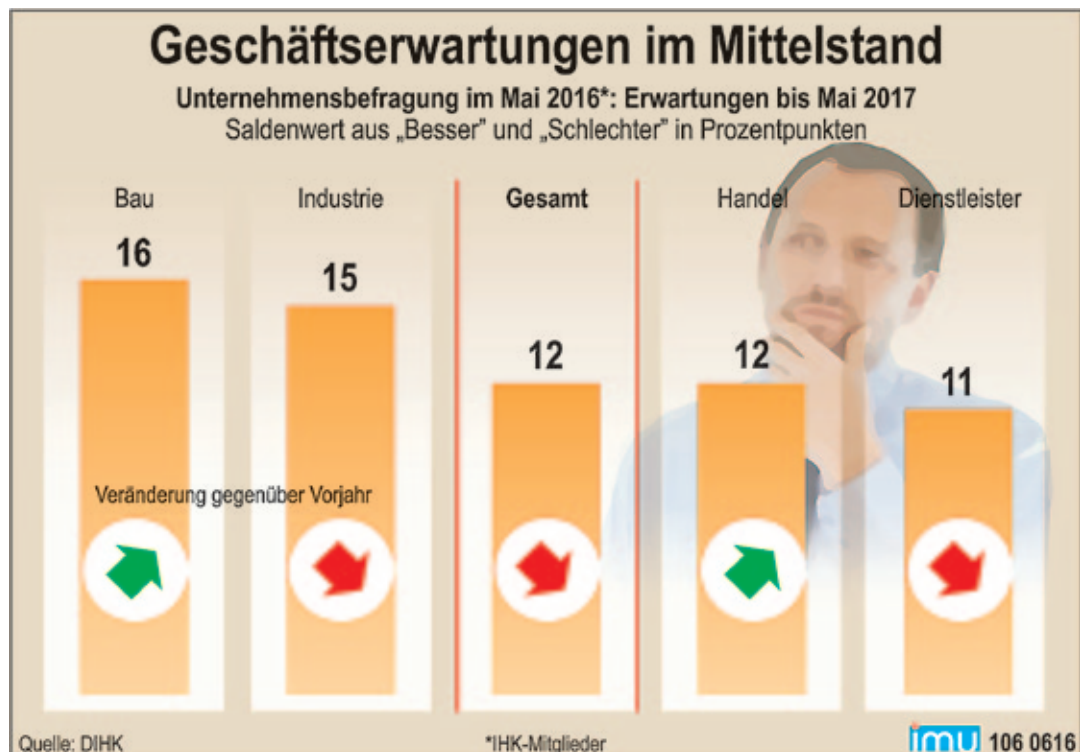
Foto: Fotolia

Mittelstand kraftvoll Geschäftserwartungen ziehen an

Die mittelständische Wirtschaft ist die tragende Säule der augenblicklichen Konjunktur. Der Creditreform Geschäftsklimaindex, der aus 1.174 Antworten von repräsentativen kleinen und mittleren Unternehmen gebildet wird, legte um 5,2 Zähler auf 21,7 Punkte zu. Damit erreicht der Index den zweitbesten Wert nach 2011. Befeuert wird die gute Wirtschaftslage im Mittelstand nicht zuletzt durch die „Null-Zins-Politik“, die Verbraucher wie Anleger in Sachwerte treibt. Entsprechend kräftig entwickeln sich seit geraumer Zeit Binnenkonjunktur und vor allem der private Konsum.

Optimistisch bleiben auch die Aussichten. Die mittelständischen Unternehmen haben sich von den verbreiteten schlechten Nachrichten und Konjunkturängsten

offenbar nicht anstecken lassen. Die befragten Unternehmen zeigten sich unbeirrt zuversichtlich. Der Teilindex der Geschäftserwartungen kletterte sogar auf einen Höchststand (33,0 Punkte; Vorjahr: 28,2 Punkte).



Volkswagen für Selbstständige.

Unser Programm
für Ihren
Erfolg.



Kommt Ihrem Geschäft entgegen:

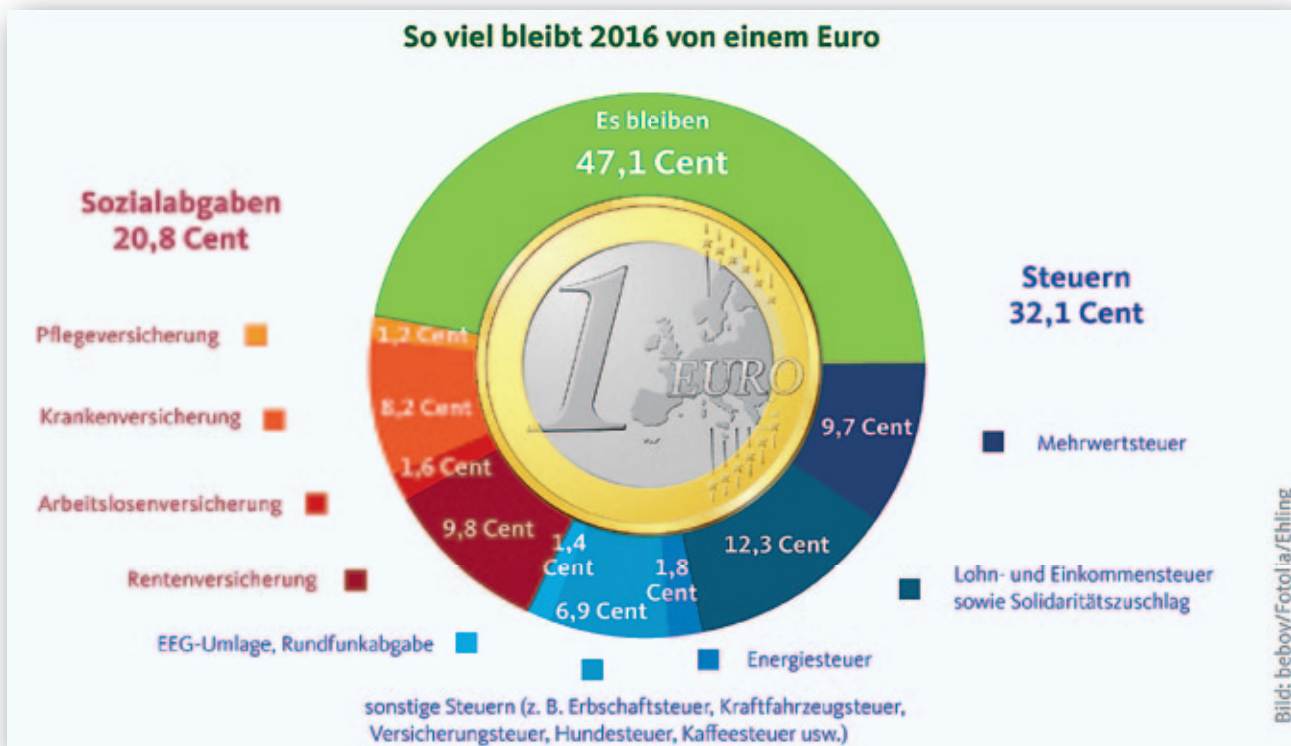
- Attraktiver Preisvorteil¹
- Günstige Leasingrate²
- Komfortable Mobilitätsmodule²

Professional Class
Volkswagen für Selbstständige



Volkswagen

¹ Professional Class ist ein Angebot für alle Selbstständigen. Einzelheiten zur jeweils erforderlichen Legitimation erfahren Sie bei Ihrem teilnehmenden Volkswagen Partner. ² Ein Angebot der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorn Str. 57, 38112 Braunschweig, für gewerbliche Einzelabnehmer mit Ausnahme von Sonderkunden für ausgewählte Modelle. Bonität vorausgesetzt. Alle Werte zzgl. gesetzlicher Mehrwertsteuer. Abbildung zeigt Sonderausstattungen gegen Mehrpreis.



Einfacher, leistungs- und familienfreundlicher

Die MIT hat ein Konzept für eine umfassende Steuerreform in drei Stufen vorgelegt. Jetzt muss das Steuerkonzept im Wahlprogramm von CDU und CSU verankert werden.

Ein Jahr vor der Bundestagswahl wird in der Union wieder über Steuerentlastungen diskutiert. Möglich macht das die gute Konjunktur in Deutschland. Die Steuereinnahmen sprudeln und bescheren dem Fiskus Rekordüberschüsse. Schon lange macht sich die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) daher dafür stark, dass der Staat den Bürgern etwas zurückgibt.

Im Mai hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder endlich Gesprächsbereitschaft signalisiert. Zuvor hatte sich auch Bun-

desfinanzminister Wolfgang Schäuble für Steuersenkungen ausgesprochen. „Wir werden deshalb im Sommer ein Steuer-Konzept für mehr Netto vorlegen“, kündigte MIT-Vorsitzender Carsten Linnemann frühzeitig an. Seitdem wurde intern an einem Entlastungskonzept gestrickt. Maßgeblich unterstützt wurde die MIT dabei von Professor Bernd Raffelhüschen, dem Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, dem Steuerzahlerbund und Professor Clemens Fuerst, Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Nach einer Sitzung der MIT-Steuerkommission stellte Linnemann die Eckpunkte vor: „Die wichtigsten Punkte sind die Abflachung des Mittelstandbauches, ein späteres Greifen des Spitzensteuersatzes und der Abbau der kalten Progression.“

Komplexes Steuersystem

Das derzeitige Steuersystem ist kompliziert: Unzählige Sonderregelungen und Ausnahmetatbestände erzeugen ein undurchdringliches Wirrwarr im Steuersystem. Mathias Middelberg, Vorsitzender der MIT-Steuerkommission: „Dem normalen Steuerzahler ist es kaum möglich, alle Ausnahmen und Abzugsmöglichkeiten zu kennen und richtig anzuwenden. Das macht die Steuererklärung zum Glücksspiel und verhindert Klarheit.“ Es begünstige Steuergestaltung für Einzelne und verringere die Akzeptanz des Gesamtsystems bei allen. Allerdings lehre die Erfahrung der Vergangenheit, so die MIT, dass politische Initiativen zur Abschaffung solcher Sonderregelungen meist am Widerstand betroffener Gruppen scheitern.

Die Steuerquote steigt

Laut der jüngsten Steuerschätzung werden die Steuereinnahmen des Bundes bis 2020 jedes Jahr die Vorjahreseinnahmen übertreffen – um jeweils durchschnittlich 27 Milliarden Euro. Im Jahr 2020 nimmt der Staat damit voraussichtlich 135 Milliarden Euro mehr ein als 2015. Die Steuerquote



Carsten Linnemann und Mathias Middelberg diskutieren das Entlastungsmodell in der MIT-Steuerkommission

würde danach von derzeit 22 auf 22,5 Prozent bis 2018 steigen. Zum Vergleich: 2004 unter einer rot-grünen Bundesregierung betrug die Quote noch 20,6 Prozent. Den größten Teil der zusätzlichen Ein-

schnittlichen Einkommen greift. Das verhindert Leistungsanreize und erschwert die gewünschte zusätzliche Altersvorsorge. Zugleich werden die Versichertenpflichtgrenzen und die Beitragsbemessungs-

nahmen steuern die Lohn- und Einkommensteuerzahler bei. Zugleich sind gerade für untere und mittlere Einkommen die Belastungen mit Steuern und Sozialabgaben so hoch, dass bei vielen vom zusätzlich erarbeiteten Bruttolohn weniger als die Hälfte übrig bleibt. Das liegt unter anderem daran, dass der Steuertarif schon bei unteren Einkommen stark steigt und der Spitzensteuersatz bereits bei durch-

grenzen regelmäßig nach oben angepasst und sorgen bei mittleren Einkommen für spürbar höhere Belastungen, während die Steuersätze – mit Ausnahme des Ausgleichs der kalten Progression im Jahr 2016 – seit Jahren gleich bleiben.

Ein weiteres Problem aus MIT-Sicht: Noch immer werden Kinder – trotz des erhöhten Bedarfs – steuerlich nicht wie Erwachsenen behandelt. Middelberg: „Damit erschwert der Staat gerade für Steuerzahler den Kinderwunsch durch staatliche Belastungen.“

Drei-Stufen-Entlastungsmodell

Die MIT fordert daher, dass die Unionsparteien im Wahlprogramm als zentrales Element eine umfassende Steuerreform verankern. Die MIT schlägt eine Reform in drei Stufen mit spürbaren Entlastungen für jeden Steuerzahler vor. Ziel müsse eine Gesamt-Entlastung von mehr als einem

Lieber Mittelstand, reduzieren Sie jetzt Ihre Kosten beim Briefversand.



Ganz einfach nur ein Klick und der Postbote stellt zu!

Profitieren Sie jetzt durch den digitalen Rechnungsversand von Deutsche Post.

- Weniger Porto- und Materialkosten sparen Ihnen bares Geld
- Kein Ausdrucken, Kuvertieren und Frankieren
- Briefzustellung per Postboten verbessert Ihren Zahlungseingang
- Rechnungen landen im Briefkasten und nicht im Spam-Ordner

Bis zu 35 % Kostenersparnis!*
Jetzt unter epost.de/SPARPOST
informieren und Termin vereinbaren

* Das Einsparpotenzial ist abhängig von verschiedenen Faktoren wie z.B. Material-, Prozess- und Portokosten. Wie hoch Ihr individuelles Einsparpotenzial ist, erfahren Sie unter epost.de/sparpost

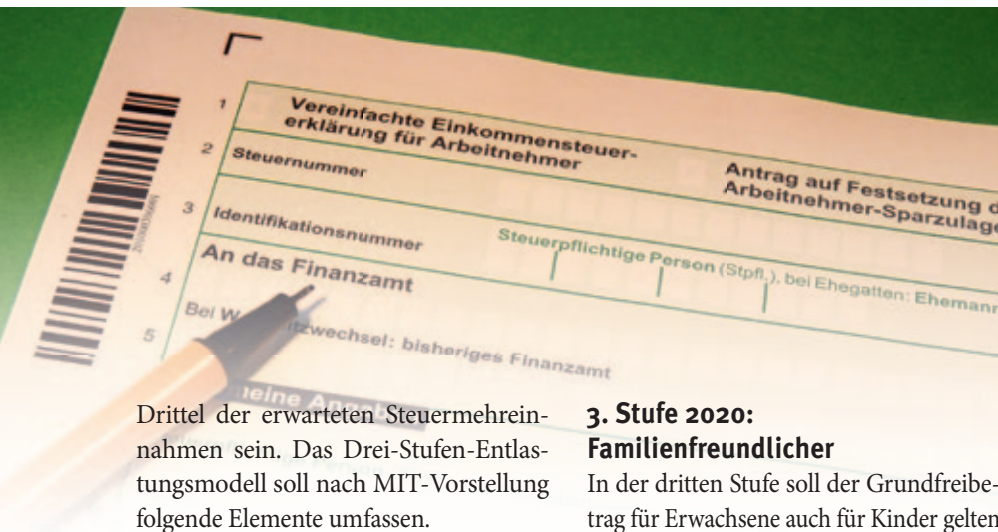


Foto: Dieter Schütz/pixelio.de

Drittel der erwarteten Steuermehreinnahmen sein. Das Drei-Stufen-Entlastungsmodell soll nach MIT-Vorstellung folgende Elemente umfassen.

1. Stufe 2018: Einfacher

In der ersten Stufe soll der Werbungskostenpauschbetrag von derzeit 1.000 auf 2.000 Euro verdoppelt werden. Linnemann: „Dies kann von der neuen Bundesregierung in einem 100-Tage-Programm leicht und schnell umgesetzt werden.“ Damit würden künftig zwei Drittel der veranlagten Steuerpflichtigen erfasst. „Die meisten von ihnen würden Steuern sparen und es entfällt für alle bis zu dieser Grenze die Notwendigkeit, Werbungskosten zu berechnen und nachzuweisen“, so Linnemann.

2. Stufe 2019: Leistungsfreundlicher

In der zweiten Stufe soll der Mittelstandsbauch abgeflacht und der Spitzensteuersatz verschoben werden. Linnemann: „Es kann nicht sein, dass der Spitzensteuersatz schon ab 53.666 Euro Jahreseinkommen greift.“ In den Sechzigerjahren griff der Spitzensteuersatz erst beim 15-Fachen des Durchschnittsverdienstes, heute schon beim 1,3-Fachen. Um im Jahr 2020 auf die angepeilte Entlastungswirkung von einem Viertel der Steuermehreinnahmen zu kommen, könnte dafür der Grenzsteuersatz für das Ende der ersten Progressionszone von 24 auf 20 Prozent abgesenkt werden. Dadurch wird der Tarifverlauf flacher. So würde sich die Einkommensgrenze von 53.666 Euro auf 60.000 Euro verschieben.

3. Stufe 2020: Familienfreundlicher

In der dritten Stufe soll der Grundfreibetrag für Erwachsene auch für Kinder gelten und den bisherigen niedrigeren Kinderfreibetrag ersetzen. Middelberg: „Damit von dieser familienfreundlichen Regelung nicht nur obere Einkommensklassen profitieren, ist es geboten, zusätzlich das Kindergeld angemessen zu erhöhen.“

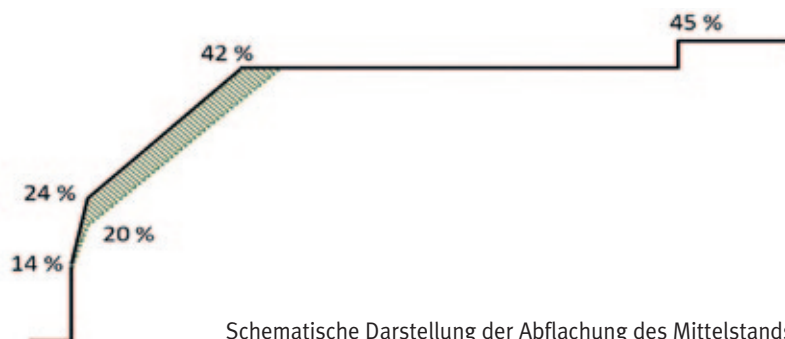
33 Milliarden Euro Entlastung

Die Entlastungswirkung für den Steuerzahler wäre immens. In der ersten Stufe 2018 kommen auf den Staat Mindereinnahmen von 7,5 Milliarden Euro zu. Dem stehen Steuermehreinnahmen von 79,7 Milliarden im Vergleich zum Jahr 2015 gegenüber. Bund, Länder und Gemeinden würden so auch nach der Steuerreformstufe 1 immer noch 72,2 Milliarden Euro mehr einnehmen als 2015. Im Jahr 2019 hätten die Stufen 1 und 2 zusammen Steuermindereinnahmen in Höhe von 32,4 Milliarden Euro zur Folge. Der Staat würde ohne die beiden Steuerreformstufen im Jahr 2019 rund 106,4 Milliarden Euro mehr einnehmen als 2015. Unter Einberechnung der Steuersenkungen wären es noch 74 Mil-

liarden Euro mehr. 2020 würde der Staat ohne jede Steuerreform 134,8 Milliarden Euro mehr einnehmen als 2015. Wenn in dem Jahr die Reformstufe 3 (Grundfreibetrag für Kinder) in Kraft tritt, würde die Steuerreform in der Gesamtwirkung die Bürger um 33 Milliarden Euro entlasten. In dem Jahr würde der Staat unter Einbeziehung der vollen fiskalischen Wirkung der drei Steuerreformstufen trotzdem noch 101,8 Milliarden Euro mehr einnehmen als 2015. Damit macht die Steuerreform knapp 25 Prozent der erwarteten Steuermehreinnahmen aus.

Eine zusätzliche Kindergelderhöhung würde, wenn sie im vollen Umfang der Erhöhung des Grundfreibetrags entsprechen würde, also von 190 auf 226 Euro fürs erste Kind, weitere 7,7 Milliarden Euro kosten. Insgesamt würde sie also Entlastungen für Steuerzahler und Kindergeldempfänger in Höhe von 40,7 Milliarden Euro bringen. Das entspricht rund 30 Prozent der erwarteten Mehreinnahmen. Auch danach blieben mehr als zwei Drittel der erwarteten Steuermehreinnahmen dem Staat erhalten. Linnemann: „Die Finanzierung ist also selbst bei allgemeinen Kostensteigerungen und zusätzlichen Investitionen in Sicherheit oder Bildung gesichert, ohne das Ziel des ausgeglichenen Haushalts zu gefährden.“ Hinzu kommen noch die positiven konjunkturellen Wirkungen. Denn Entlastungen führen im Regelfall zu höherem Konsum, Wachstum – und schließlich wieder zu höheren Steuereinnahmen. Darüber hinaus setzen Linnemann und Middelberg auf höhere Leistungsanreize: Denn für manche lohnt sich damit Mehrarbeit mit zusätzlichem Einkommen.

Hubertus Struck



Schematische Darstellung der Abflachung des Mittelstandsbauchs

DSL-HIGHSPEED FÜR ZUHAUSE

1&1 DSL INTERNET & TELEFON 9,99 €/Monat*

Sparpreis für 12 Monate,
danach 24,99 €/Monat.

PC Magazin
Kundenbarometer

2016

**Bester
Internet-Provider**
1&1

Durch das PC Magazin erhobene,
subjektive Kundenerfahrung,
Ausgabe 04/2016



Auf Wunsch mit **1&1 HomeServer**:
WLAN-Router, Telefonanlage und
Heimnetzwerk in Einem.



☎ 02602 / 96 90



1und1.de

*1&1 DSL Basic für 12 Monate 9,99 €/Monat, danach 24,99 €/Monat. Inklusive Telefon-Flat ins dt. Festnetz, Internet ohne Zeitlimit (monatlich 100 GB bis zu 16 MBit/s, danach bis 1 MBit/s) und 1&1 DSL-Modem für 0,- €. Oder auf Wunsch z. B. mit 1&1 HomeServer Tarif-Option für 4,99 €/Monat mehr. Hardware-Versand 9,90 €. 24 Monate Vertragslaufzeit. Preise inkl. MwSt. 1&1 Telecom GmbH, Elgendorfer Straße 57, 56410 Montabaur

Leserbrief

Sie wissen nicht, was sie tun

In Ihrer Ausgabe 7/8-2016 haben Sie zwei Beiträge „Expedition Energiewende zeigt Chancen für Mittelständler auf“ und einen Pro und Kontra-Beitrag zum Thema Ausschreibung von erneuerbaren Energien gebracht.

Jeder der Autoren versucht der nur von politischer Seite gewollten Energiewende ein Für oder Wider abzugewinnen. Dabei müssen auch alle Herren zugeben, dass durch die Energiewende nichts, aber auch gar nichts gewonnen wurde, außer dass wir wesentlich höhere Kosten für elektrische Energie haben. Unsere schönen Kulturlandschaften wurden durch Windräder völlig verunstaltet und der Beitrag der erneuerbaren Energien beträgt trotzdem nur 2,3 Prozent am Primärenergiebedarf. Angelogen werden wir über die installierten Leistungen, aber wenn keine Sonne scheint und kein Wind weht, nutzt auch die schönste, unterirdische Stromleitung nichts um den Strom von Norden nach Süden zu bringen. Auch die Ausrede, Stromspeicher würden das ganze Problem lösen ist reine Utopie, denn wir müssten hier in Deutschland 2.000 Pumpspeicherkraftwerke haben oder - wenn wir es über die Elektromobilität schaffen wollten - 400 Mio. (!!!) Elektroautos am Netz haben, die dazu nicht fahren dürften.

Die Energiewende muss weg! Sie ist teuer, unsozial und nutzlos. Energiefachleute sagen uns das schon seit Jahren. Nur Leute, die nichts von Energiepolitik verstehen, wollen die Änderung. Sie wissen nicht, was sie tun.

Ernst K. Jungk
55597 Wöllstein

Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift, behält sich aber verständlicherweise Kürzungen vor. Dass es sich bei Leserbriefen um Meinungsäußerungen der jeweiligen Verfasser handelt und diese nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wiedergeben, versteht sich am Rande.



Foto: DATEV

DATEV mit neuer Führung: Robert Mayr ist der neue Vorstandsvorsitzende, Diana Windmeißer verantwortet das Ressort Finanzen und Einkauf

DATEV 2025

Neue Handlungsfelder für die Zukunft

Die DATEV eG Nürnberg hat ihre strategischen Handlungsfelder für die Zukunft vorgestellt: Unter dem Begriff „DATEV 2025“ verfolgt sie das Ziel, die digitale Transformation betriebswirtschaftlicher Prozesse voranzutreiben und sowohl die Genossenschaft wie auch ihre Mitglieder und deren Mandanten rechtzeitig auf den Wandel vorzubereiten. In den kommenden knapp zehn Jahren wird das Unternehmen sein Produkt- und Dienstleistungsangebot gezielt mit Cloud- und datenorientierten Lösungen erweitern sowie Prozesse automatisieren und weiter vernetzen. „Wir müssen gemeinsam mit unseren Mitgliedern, den Steuerberatern, Rechtsanwälten und Wirtschaftsprüfern, genau analysieren, welche Herausforderungen durch die digitale Transformation vor allem im Bereich der betriebswirtschaftlichen

und deklaratorischen Prozesse entstehen“, erklärte Robert Mayr, seit April 2016 Vorstandsvorsitzender der DATEV.

Im laufenden Geschäftsjahr markiert das Unternehmen eine deutliche Umsatzsteigerung. So wuchs der Umsatz der Genossenschaft gegenüber den ersten sechs Monaten des Vorjahres um 21,1 Millionen Euro auf 460 Millionen Euro. Erhöht hat sich im Vergleich zum ersten Halbjahr 2015 auch die Zahl der Mitglieder um 113 auf 40.489. Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stieg im Vergleich zur Jahresmitte 2015 um 108 auf 6.911 an. Das prognostizierte Umsatzwachstum von rund vier Prozent wird damit erneut über dem voraussichtlichen Wachstum der IT-Branche in Höhe von rund drei Prozent und über dem zu erwartenden Wachstum der deutschen Gesamtwirtschaft von rund zwei Prozent liegen.

GIGABIT-HIGHSPEED FÜR FIRMEN

GLASFASER DIREKT

1 GBit/s
IN 250 STÄDTEN

- ✓ Glasfaser-Anschluss für Firmen!
- ✓ Garantierte Gigabit-Bandbreite!
- ✓ Direkt bis zum Gebäude!

Sichern Sie die Zukunft Ihres Unternehmens und machen Sie sich bereit für den digitalen Wandel. Denn bereits 2020 werden deutsche Unternehmen im Schnitt mehr als die vierfache Internet-Kapazität benötigen. Zusätzlich wird die Vernetzung von Dienstleistungen und Produktionsabläufen immer datenintensiver. Entscheiden Sie sich jetzt für **1&1 Glasfaser Business mit garantierter Gigabit-Geschwindigkeit (1.000 MBit/s)**! Und wenn Sie mehr Leistung benötigen, können Sie Ihren Glasfaser-Anschluss jederzeit upgraden und nahezu unendliche Bandbreiten nutzen – ein Anruf genügt und wir schalten höhere Geschwindigkeiten frei.



**1&1 GLASFASER
BUSINESS**

ab **199,-** €/Monat*



1und1.de



☎ 0800 / 10236 3041

* 12 Monate 199,- €/Monat, danach ab 299,- €/Monat. Glasfaser-Router (LAN/WLAN), Installation und Inbetriebnahme einmalig 1.960,- €. 1&1 Glasfaser ist bereits in vielen Anschlussbereichen verfügbar. Preise zzgl. MwSt. 24 Monate Vertragslaufzeit, Kündigungsfrist 3 Monate. 1&1 Versatel Deutschland GmbH, Niederkasseler Lohweg 181-183, 40547 Düsseldorf



Foto: pixelio.de/ivista

Factoring und Forderungsmanagement Wenn der Postmann fünfmal klingelt...

Längst ist es Alltag vieler mittelständischer Betriebe: Wer einen Auftrag für einen Kunden ausführt, muss erst einmal in Vorleistung treten. Die Rechnung wird oft spät beglichen, manchmal gar nicht. Weil das einen Mittelständler – selbst bei vollen Auftragsbüchern und guter Kalkulation – schnell in Finanznöte bringen kann, stellt sich für viele die Frage nach einem effizienten Forderungsmanagement.

Über einen großen Auftrag freut sich eigentlich jeder Mittelständler. Doch gerade für kleine und mittlere Unternehmen kann ein Großauftrag auch eine Herausforderung darstellen. Denn häufig tritt der Auftragnehmer in Vorleistung. Vor einer solchen Herausforderung stand auch Nicole Urbschat, die gemeinsam mit ihrer Schwester Daniela das gleichnamige Fotostudio am Berliner Kudamm leitet. Dem

Familienunternehmen mit Traditionsbewusstsein, dessen Vorläufer als königlich-preußischer Hoffotograf bereits Wilhelm II ablichtete, stand „aus heiterem Himmel ein Großauftrag ins Haus“, erinnert sich Nicole Urbschat. Er sollte über alle Maßen Kapital binden. Als Urbschat am Rande eines Empfangs der MIT in Berlin ihr Leid klagte, erhielt

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 18

Wie auch der Mittelstand von der betrieblichen Altersversorgung profitiert

Der Fachkräftemangel ist im Mittelstand angekommen. Immer mehr kleine und mittelständische Unternehmen nutzen die betriebliche Altersversorgung als wichtiges Element, um Mitarbeiter zu finden und zu binden. Soziale Fürsorge in Form einer Betriebsrente passt nämlich sehr gut zum Mittelstand. Denn dort sind häufig die Mitarbeiter mit dem Unternehmen eng verbunden. Gleichzeitig weiß „der Chef“, wie wichtig es ist, gute Fachkräfte zu halten – und viele Unternehmenschefs wollen ihren Mitarbeitern etwas gutes zukommen lassen.

Und etwas Gutes gibt es für den Arbeitgeber (fast) zum Nulltarif. Dazu muss man den „Dreisprung“ in der Betriebsrente beherrschen:

1. Die eigenen Mitarbeiter dürfen ihr Gehalt umwandeln in eine Betriebsrente. Hier gibt es durch Steuer- und Sozialversicherungsersparnis deutliche Anreize vom Staat. Am einfachsten geht das durch eine auf den Mitarbeiter zugeschnittene Beispielrechnung, bei der er sein

Gehalt „vorher“ / „nachher“ und seine Betriebsrente sieht: „seeing is believing!“

2. Jeder Mitarbeiter, der etwas macht, bekommt von seinem Arbeitgeber ein Zuckerl in Form eines Arbeitgeberzuschusses. Typischerweise sind das pauschal 20 Euro, wenn der Mitarbeiter 100 Euro selbst einbringt. Und die Kosten? Welche Kosten? Wenn der normale Mitarbeiter einen Teil seines Gehaltes einbringt, hat der Arbeitgeber rund 20 Prozent Lohnnebenkostensparnis. Das heißt, der Arbeitgeber investiert seine Ersparnis in die Zufriedenheit und in die soziale Absicherung seiner Mitarbeiter.
3. Der letzte Schritt im Dreisprung: Das ist die Erlaubnis, auch die vermögenswirksamen Leistungen zukünftig in eine Betriebsrente einzubringen.

Dieser Dreisprung ist vielfach erprobt und wird auch in vielen tarifvertraglichen Lösungen genutzt. Und wie ist das mit dem Aufwand? Mit der klassischen Direktversicherung, die im Mittelstand weit verbreitet ist, hält sich der Aufwand in Grenzen. Investieren soll-



Dr. Henriette Meissner, Geschäftsführerin der Stuttgarter Vorsorge-Management GmbH und Generalbevollmächtigte für die bAV der Stuttgarter Lebensversicherung a.G.

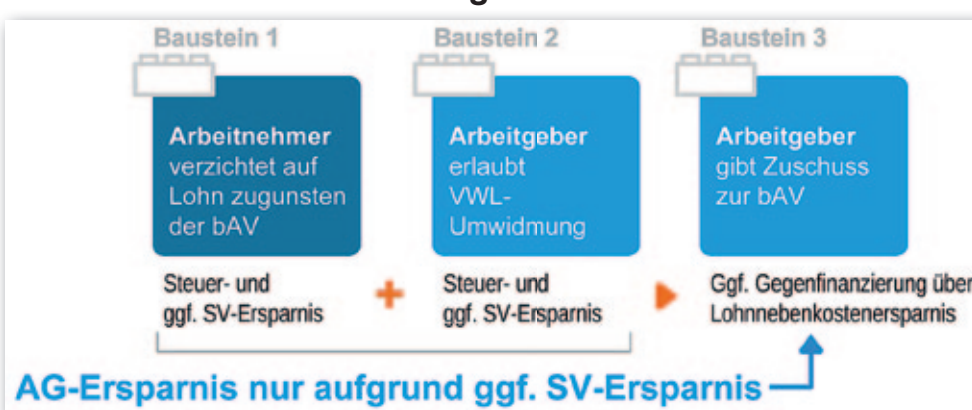
te der Unternehmer in eine Einzelberatung der Arbeitnehmer. Damit sie ihre Vorteile individuell vorgerechnet bekommen und ihre Fragen stellen können. Diese Beratung wird zum Beispiel häufig ohnehin vom Versicherungsmakler angeboten. Er sorgt auch dafür, dass die Lohnbuchhaltung das Richtige zugeliefert bekommt.

Die Betriebsrente in Form der Direktversicherung passt zum Mittelstand. Und sie hilft bei der Lösung der Demografie-Falle. Also auf zum Dreisprung in der Betriebsrente.

Hier ein Rechenbeispiel:



Drei Bausteine einer nachhaltigen Betriebsrente:



*Die in der Gesamrente berücksichtigten Überschussanteile sind nicht garantiert und werden von Jahr zu Jahr neu ermittelt. Insofern kann die Leistung geringer aber auch höher ausfallen. Die Überschussätze hängen von der Verzinsung der Kapitalanlagen, der Entwicklung der Sterblichkeit sowie der Kosten ab.

sie von einem Mitstreiter den Tipp, sich an die Deutsche Verrechnungsstelle GmbH (DV) in Frankfurt/Main zu wenden. Die Frankfurter helfen insbesondere mittelständischen Betrieben bei der Koordination des Rechnungswesens – ein Novum, das es so am Markt noch nicht gab und das auf großes Interesse stößt: „Wenn man nach Auftrags-erfüllung schnell und unkompliziert an sein Geld kommen muss, weil die Vorleistungen einfach zu hoch waren, ist das genau das richtige System“, sagt Nicole Urb-schat rückblickend.

Einen weiteren Vorteil sieht sie in der Verhandlungsposition bei den Banken. So hat sie beobachten können, dass bei einem guten Liquiditätsmanagement „die Banken mit Unternehmern anders umgehen“. Die DV ist ein Ableger der Deutschen Vermögensberatung AG. Ihr Geschäftsführer Jens Kassow bringt den Sinn des neuen Geschäftszweigs auf den Punkt: „Fast jeder kennt die ärztlichen Verrechnungsstellen – so etwas haben wir übergreifend dem Handwerk und dem Mittelstand zur Verfügung gestellt.“



Nicole Urb-schat

Factoring transparent machen

Beim Angebot der DV wird der Rechnungsbetrag binnen 48 Stunden durch eine DV-Tochter beglichen. Dafür liegen dann das Risiko einer Zahlungsverzögerung oder auch eines Totalausfalls bei der DV. Der Mittelständler hat sein Geld, bleibt aber in der Haftung. Nicole Urb-schat weiß aus eigener Erfahrung, dass es wichtig ist, Kunden gegenüber dieses Factoring zu erklären: „Man muss seine Kunden ins Boot holen, sie mit einem Merkblatt oder einem Hinweiskasten auf der Rechnung informieren. Das hatten wir bei den ersten nicht gemacht.“ Prompt hatte sie negatives Feedback. „Doch im Kern“, ist sich die Fotografin sicher, „zahlt sich die Hilfestellung alleine schon deshalb aus, weil mir wieder mehr Zeit bleibt für meine Kunden, und für die schönen Seiten meines Berufs.“

Jetzt greift die Supply Chain

Wenn Rechnungsbeträge so schnell fließen, steht die Optimierung der sogenannten Supply Chain an, was zu Deutsch etwas sperrig mit Wertschöpfungskettenverwaltung übersetzt werden kann. Taulia, ein innovatives Startup aus den USA mit deutschen Gründern, hat sich dieser aus der Logistik stammenden Begrifflichkeit angenommen, und bietet Lösungen an wie beispielsweise eine „dynamische Diskontierung“: ein frühes Beglichen von Verbindlichkeiten, das sich auszahlt. „So wird jede Rechnung zu einem Profit Center“, wirbt das Startup. Skonti werden dabei optimal ausgenutzt, indem Ausstände grundsätzlich früh

beglichen und Nachlässe maximal ausgeschöpft werden – während Lieferanten liquide bleiben. „Anders als beim Factoring“, sagt Taulia Deutschland-Geschäftsführer Martin Quensel, „werden die Forderungen nicht verkauft. Vielmehr bietet die einkaufende Gesellschaft die Möglichkeit der früheren Zahlung an. Diese erfolgt gegen eine nachträgliche Diskontierung der Rechnung, die transparent und transaktionsbasiert geschieht.“ Der Vorteil dieser Art der Verbuchung läge auf der Hand: „Unabhängig davon, welche Form betrieben wird, bleibt der Bilanzstatus der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung unberührt“, sagt Quensel. Die Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (DVV) setzt auf die Dienste von Taulia.

Rund 2.800 Lieferanten des kommunalen Multidienstleistungskonzerns können dank der Plattform-Anbindung das Zahlungsziel einer Rechnung mittels Dynamic Discounting verkürzen und damit ihre Liquiditätsplanung verbessern. Mit sinkenden Verwaltungskosten und zusätzlichen Skontoerträgen erwirtschaftet DVV eine zusätzliche Kapitalrendite. Taulia arbeitet inzwischen für eine große Zahl namhafter Weltkonzerne. Weil diese Finanzierungen in der Summe sehr viel an Kapitalaufwand verlangen, finanziert man dort nicht mehr selbst: „Wir arbeiten mit namhaften Investoren zusammen“, sagt Martin Quensel. „Dabei handelt es sich um Banken, Pensionsfonds, Family Offices und andere institutionelle Anleger.“ Die Finanzierung werde über eine BaFin-zertifizierte Bank mit Sitz in Bremen abgewickelt.

„Kultur der unverzüglichen Zahlung“

Um der vielfach generellen Zahlungsunlust gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen deutlicher zu begegnen, kam es nicht zuletzt auf Drängen der MIT und ihres Fachsprechers Wirtschaft Matthias Heider im Juli 2014 zur Einführung eines neuen Gesetzes zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr. Mit diesem Vorhaben sollte der Wandel zu einer „Kultur der unverzüglichen Zahlung“ und „mehr Zahlungsdisziplin“ eingeläutet werden. So steht es jedenfalls in der ihm zugrunde liegenden EU-Richtlinie (RL 2011/7/EU).

„Der Entwurf aus der letzten Legislaturperiode“, sagte Heider während der Gesetzesberatungen im Plenum des Deutschen Bundestags, „unterschied nicht zwischen Individualvereinbarungen und den für die Wirtschaft wichtigen Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Außerdem sah er eine Zahlungsfrist von 60 Tagen für alle vor, für Verbraucher und Unternehmer.“ Da hätte aus Sicht Heiders, der Mitglied im Bundes-

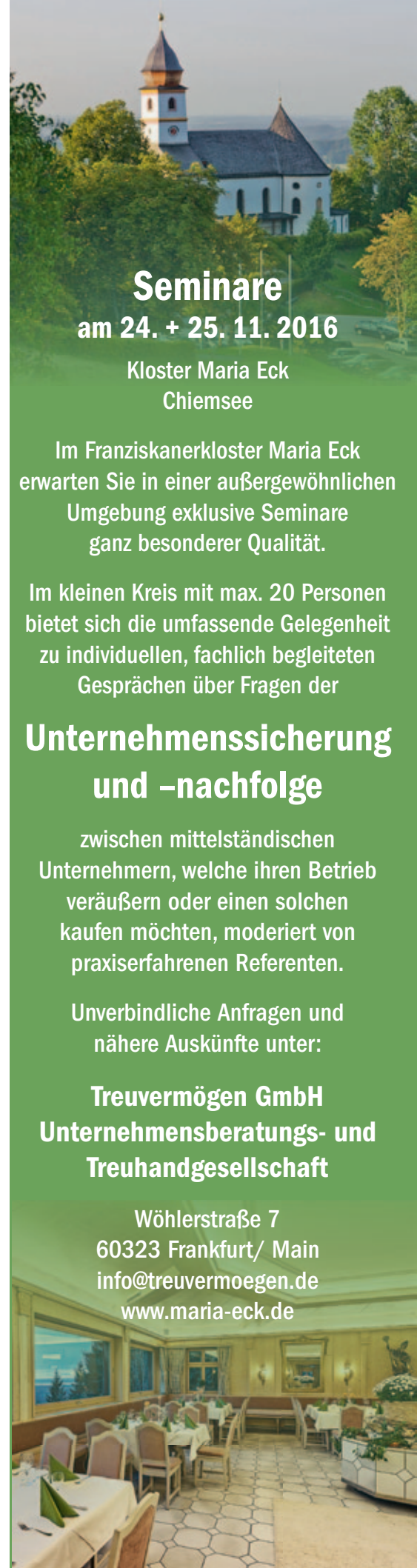


Matthias Heider

tags-Wirtschaftsausschuss ist, „jedenfalls im Handwerk und auch in der Bauwirtschaft“ zu keinen nennenswerten Verbesserungen geführt, mehr noch: „Das hätte eher eine Verschlechterung der Zahlungsmoral zur Folge gehabt.“ Nun ist das Gesetz deutlich verbessert in Kraft.

Doch hat sich auch etwas getan? Immerhin 83 Prozent der deutschen Unternehmen und Verbraucher begleichen ihre Ausstände fristgerecht, so eine Studie von TNS Infratest. Zwar ist der deutsche Wert im europäischen Vergleich gut. Aus ökonomischer Perspektive betrachtet sind die 17 Prozent jedoch verheerend. Vor allem große Unternehmen beziehungsweise Kapitalgesellschaften nutzen ihre Macht am Markt aus und bringen kleinere Unternehmen bewusst in eine existenzbedrohende Situation. Dabei sind gerade das Handwerk und der Mittelstand Motor der deutschen Wirtschaft. Ihn liquide zu halten und zu eigenen Innovationsanstrengungen zu ermuntern, muss das Ziel der Arbeit von Politik und Wirtschaft bleiben. Nur so hat der Wirtschaftsstandort Deutschland auch künftig die Nase vorn.

Sidney Pfannstiel



Seminare am 24. + 25. 11. 2016

Kloster Maria Eck
Chiemsee

Im Franziskanerkloster Maria Eck erwarten Sie in einer außergewöhnlichen Umgebung exklusive Seminare ganz besonderer Qualität.

Im kleinen Kreis mit max. 20 Personen bietet sich die umfassende Gelegenheit zu individuellen, fachlich begleiteten Gesprächen über Fragen der

Unternehmenssicherung und -nachfolge

zwischen mittelständischen Unternehmern, welche ihren Betrieb veräußern oder einen solchen kaufen möchten, moderiert von praxiserfahrenen Referenten.

Unverbindliche Anfragen und nähere Auskünfte unter:

Treuvermögen GmbH
Unternehmensberatungs- und
Treuhandgesellschaft

Wöhlerstraße 7
60323 Frankfurt/ Main
info@treuvermoegen.de
www.maria-eck.de



Der Fall Edeka und die Ministererlaubnis

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hat der Supermarktkette Edeka per Ministererlaubnis genehmigt, den Mitbewerber Kaiser's-Tengelmann zu kaufen. Doch die kartellrechtlich bedenkliche Fusion wurde gerichtlich gestoppt. Wozu gibt es die Sondererlaubnis des Ministers und wie funktioniert das Verfahren?

Hintergrund: Der Edeka-Fall

Der Edeka-Konzern gab Ende 2014 bekannt, die Kaiser's-Tengelmann-Gruppe übernehmen zu wollen. Mit einem Jahresumsatz von 48,4 Milliarden Euro, 11.400 Märkten und 346.800 Mitarbeitern (2015) ist Edeka größter Lebensmittelhändler in Deutschland – deutlich vor Rewe, Schwarz (Lidl, Kaufland) und Aldi. Die vier Wettbewerber beherrschen etwa zwei Drittel des deutschen Marktes.

Das Bundeskartellamt beobachtet diese Konzentration seit Jahren mit Sorge und hat daher die geplante Fusion von Edeka und Kaiser's-Tengelmann im März 2015 untersagt. Darüber hinaus hat auch die Monopolkommission Bedenken geäußert und der Bundesregierung von einer Genehmigung abgeraten. Nach dem einstimmigen Urteil der Kommission werden die „nachteiligen Wettbewerbswirkungen nicht mit hinreichender Sicherheit durch Gemeinwohlvorteile ausgeglichen“. Dennoch erteilte Minister Gabriel Mitte März diesen Jahres eine Ministererlaubnis für die Fusion. Er verband diese mit Auflagen zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Arbeitnehmerrechten. Daraufhin legten die Rewe-Gruppe und Markant Beschwerde ein. Im Juli untersagte schließlich das Oberlandesgericht Düsseldorf (OLG) die Fusion.

Was wird Gabriel vorgeworfen?

Das OLG urteilte, dass der Schutz von Arbeitnehmerrechten keinen ausreichenden Allgemeinwohlgrund darstelle. Zudem habe das Wirtschaftsministerium nachlässig gearbeitet, beispielsweise gebe es zu den Treffen zwischen Gabriel und den Edeka-Chefs keine Gesprächsnotizen („Hinterzimmer-Politik“). Ebenso wird Gabriel Intransparenz und Befangenheit vorgeworfen, da er anderen Beteiligten wie Edeka-Konkurrent Rewe, Informationen verheimlicht habe.

Warum wäre eine Fusion kritisch?

Im Raum steht die Frage, ob die Edeka-Gruppe durch die Übernahme von rund 450 Filialen der Tengelmann-Gruppe zu viel Marktmacht erhalten würde. Die Sorge ist, dass das weitere Wegfallen einer eigenständigen Kette zu einem

Ausdünnen der Angebotsvielfalt führt. Zwar ist der Anteil am Gesamtmarkt von Kaiser's-Tengelmann nicht besonders groß. Allerdings gäbe es im Falle einer Fusion in vielen zentralen Gegenden Deutschlands, etwa in Berlin, München und Nordrhein-Westfalen, ein Nahversorger-Duopol von Edeka und Rewe. Große Nachteile könnten sich auch für die Lieferanten ergeben, wenn ein weiterer Händler wegfällt. Bereits jetzt ergeben sich beispielsweise bei Bier- oder Wurstproduzenten starke Abhängigkeiten von den wenigen Lebensmittelhändlern. Das wirkt sich negativ auf die Lieferantenpreise aus.

Das Bundeskartellamt

Das Bundeskartellamt ist eine dem Bundeswirtschaftsministerium zugeordnete, unabhängige Wettbewerbsbehörde. Sie wird gemeinhin als „Gralshüterin“ des Wettbewerbs in Deutschland bezeichnet. Das Kartellamt hat die Aufgabe, den in unserer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung verfassten Wettbewerbs zu schützen. Es verhindert Kartelle, kontrolliert Fusionen, beaufsichtigt marktbeherrschende Unternehmen und überprüft die Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes. Das Kartellamt trifft seine Entscheidungen ausschließlich nach wettbewerblichen Kriterien und unterliegt keinen Weisungen.

Die Monopolkommission

Die Monopolkommission ist ein unabhängiges Beratungsgremium. Sie berät die Bundesregierung im Bereich Wettbewerbspolitik, Wettbewerbsrecht und Regulierung. Anders als das Bundeskartellamt hat die Monopolkommission keine direkten Eingriffsmöglichkeiten. Alle zwei Jahre erstellt die Kommission ein Hauptgutachten zur Unternehmenskonzentration in Deutschland. Darüber hinaus erstellt sie Sondergutachten nach

eigenem Ermessen, im Auftrag der Bundesregierung oder im Falle einer Ministererlaubnis.

Die Ministererlaubnis

Das Ministererlaubnisverfahren ist im deutschen Wettbewerbsrecht verankert und gilt nur für den Bundeswirtschaftsminister. Mit ihr kann der Wirtschaftsminister einer vom Bundeskartellamt eigentlich untersagten Fusion nachträglich zustimmen. Die Sondererlaubnis muss von den Unternehmen innerhalb eines Monats nach dem Verbot beim Wirtschaftsministerium beantragt werden. Der Minister hat daraufhin vier Monate Zeit für eine



Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel in der Klemme

Entscheidung. Vor seiner Entscheidung muss er eine Stellungnahme der Monopolkommission einholen. Ihr Votum ist jedoch nicht bindend. Im Gegensatz zum Kartellamt, das einzig wettbewerblich argumentiert, kann der Minister besondere Umstände berücksichtigen. Überwiegen seiner Meinung nach die „gesamtwirtschaftlichen Vorteile“ den Wettbewerbsbeschränkungen oder besteht ein „überragendes Interesse der Allgemeinheit, kann er das Kartellamt überstimmen. Gegen seine Entscheidung kann geklagt werden. Im Ministererlaubnisverfahren agiert das Ministerium wie das Bundeskartellamt und führt eigene Ermittlungen durch.

Inklusive Edeka gab es bislang 22 Ministererlaubnisverfahren: Neunmal wurde

die Erlaubnis erteilt, sechsmal nicht und in sieben Fällen wurden die Anträge zurückgezogen.

Wie geht es weiter?

Die Entscheidung des OLG ist noch nicht rechtskräftig. Edeka hat Anfang August angekündigt, gegen die Entscheidung vor dem Bundesgerichtshof (BGH) zu klagen. Da das OLG eigentlich keine Rechtsbeschwerde beim Bundesgerichtshof zulässt, hat Edeka eine sogenannte Nichtzulassungsbeschwerde eingereicht. Entscheidet der BGH nun, dass die Nichtzulassung nicht rechters war, muss er erneut über den Fall entscheiden. Daher wird der Prozess noch einige Monate andauern. Sofern die kriselnde Kaiser's-Tengelmann-Gruppe bis dahin zerschlagen werden muss, sind 5000 bis 8000 Arbeitsplätze in Gefahr.

Reformvorschläge

Minister Gabriel kündigte direkt nach dem OLG-Urteil an, das Ministererlaubnisverfahren zu überarbeiten. Er könne sich vorstellen, das zu berücksichtigende Gemeinwohlinteresse genauer zu definieren. Das würde zu einem umfangreichen Kriterienkatalog führen, der mit Ordnungspolitik wohl nur noch wenig zu tun haben dürfte. Die Grünen plädieren dafür, die Ministererlaubnis stärker vom Bundestag kontrollieren zu lassen. Allerdings dürfte dies das Verfahren nur noch stärker politisieren. Die MIT hat sich hingegen dafür stark gemacht, die wettbewerblichen Aspekte im Verfahren stärker zu berücksichtigen. Sofern der Minister im Einzelfall andere als wettbewerbliche Aspekte höher gewichtet, müsse er dies jeweils darstellen und begründen, so der Beschluss des MIT-Bundesvorstands. Die Ministererlaubnis dürfe nicht Einfallstor für eine weite politische Beurteilung eines ordnungsrechtlich zu bewertenden Vorgangs sein.

Hubertus Struck

PRO: Längst kein Schreckgespenst mehr

Schwarz-Grün ist längst kein Schreckgespenst mehr. In Hessen arbeiten ehemals beinhardt Gegner reibungslos, verlässlich und in Teilen sogar freundschaftlich zusammen. Und viele Grüne in der Regierungsverantwortung demonstrieren realpolitische Vernunft, etwa mit ihrer Zustimmung zur Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten. Es gibt mittlerweile auf allen politischen Ebenen ausreichend Beispiele dafür, dass die Union erfolgreich mit den Grünen zusammenarbeiten kann – und umgekehrt. Und doch ist Schwarz-Grün kein Selbstläufer – und darf es auch nicht sein. Eine solche Koalition braucht eine verlässliche inhaltliche Basis. Mit linksgerichteten Grünen und ihren Steuererhö-

hungsträumen wäre das schwerlich zu machen. Und es muss menschlich passen. Generell ist Schwarz-Grün nur dann eine ernsthafte Option, wenn es für Union und FDP nicht reicht. Genauso werden die Grünen immer Rot-Grün vorziehen, wenn es eine entsprechende Mehrheit gäbe. Was wir aber auf keinen Fall brauchen, ist eine Neuauflage der Großen Koalition. Denn die stärkt die politischen Ränder. Zudem tendiert diese Turbo-Konsens-Fabrik am Ende zu oft zum kleinsten – oder zum teuersten – gemeinsamen Nenner.

Schwarz-Grün hätte eben auch Vorteile. Die Rente mit 63 hätte es mit den Grünen jedenfalls nicht gegeben, der ausgeglichene Haushalt ist ein gemeinsames Ziel, selbst beim Umgang mit dem Islam gibt es ungeahnte Gemeinsamkeiten. Natürlich müssen auch Differenzen überbrückt werden, beispielsweise im Umgang mit Daten, dem Rohstoff der Zukunft. Während wir hauptsächlich die Chancen der Digitalisierung sehen, steht bei manchen Grünen die Datenhysterie im Vordergrund. Auch sozialpolitisch würden wir sicherlich unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Jedenfalls sollten wir vorbereitet sein, wenn wir das nächste Mal vor der Wahl stehen: Große Koalition oder Schwarz-Grün. Denn am Ende muss es inhaltlich, politisch und auch persönlich passen. Entscheidend ist die Frage, mit wem wir die Fragen der Zukunft besser lösen können.



Jens Spahn (36) ist Mitglied des MIT-Bundesvorstands, CDU-Präsidiumsmitglied und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen. Dem Deutschen Bundestag gehört der gelernte Bankkaufmann seit 2002 an.



Ist Schwarz-Grün Bundestagswahl Koalitionsmodell

In Hessen regiert seit zwei Jahren eine Koalition aus CDU und Grünen. In Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt regieren die beiden Parteien seit März 2016 ebenfalls zusammen. Immer mehr stellen sich mit Blick auf schwindende Umfragewerte für die CDU

IHRE MEINUNG ZÄHLT

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Sie können Sie darüber abstimmen, ob Schwarz-Grün eine Option für die Zeit nach der Bundestagswahl ist. Wie wir Sie im MIT:NEWSLETTER informieren, wählen Sie ihn unter www.mit-bund.de/newsletter



(Foto: Fotolia)

in nach der l 2017 ein gutes I?

die Frage: Ist Schwarz-Grün auch auf Bundesebene eine realistische Option für die Zeit nach der Bundestagswahl 2017 oder doch nur ein Hirngespinnst? Die Beiträge geben die persönliche Meinung der Autoren wieder.

Unter www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage Schwarz-Grün auch auf Bundesebene eine realistische Option für die Zeit nach der Bundestagswahl 2017 ist. Über das Endergebnis der Umfrage sollten Sie diesen noch nicht erhalten, könnten kostenlos abonnieren.

CONTRA: Schwarz-Grün ist realitätsfremd

Schwarz-Grün ist das neue Modewort in der politischen Farbenlehre. Manchem in Union und medialer Öffentlichkeit gilt es als Inbegriff der Moderne. Tatsächlich ist es aber eine Debatte, die der aktuellen anhaltenden Schwäche der Union entspringt. Das Ausmaß dieser Schwäche, die tatsächlich eine der CDU ist, wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Union bei der Bundestagswahl 2013 nur knapp die absolute Mehrheit verfehlte. Die Debatte entspringt aber auch der Angst vor dem Abdriften einer innerlich völlig zerstrittenen SPD, in der die rot-rot-grünen Ideologen zunehmend die Oberhand gewinnen.

Handlungsfähige Koalitionen ergeben sich aber nicht allein aus rechnerischen Mehrheiten. Zentral sind inhaltliche Schnittmengen. Die Suche nach schwarz-grünen Schnittmengen endet indessen rasch ernüchternd. Die Grünen verbindet mit dem linken Rand wesentlich mehr als mit der demokratischen Mitte.

Besonders deutlich wird dies in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Grünen reden zwar gerne vom Mittelstand, ihre Politik aber ist zutiefst mittelstandsfeindlich. Wenn es zum Schwur kommt, werfen sie dem Mittelstand mit aller Macht Knüppel zwischen die Beine. Jüngstes Beispiel ist die rot-grüne Blockade der Erbschaft- und Schenkungsteuerreform sowie die weitgehenden neuen Vorschläge zu erheblichen Steuererhöhungen. Grün – das steht auch für Tech-

nik- und Marktfeindlichkeit und Schuldenstaat. Grundlegende Differenzen gibt es auch in anderen Feldern wie etwa Asylpolitik, Innere Sicherheit oder Sozialpolitik. Sie werden jeden Tag aufs Neue deutlich.

Die schwarz-grüne Koalitionsphantastereien auf Bundesebene sind aber noch aus einem anderen Grunde wirklichkeitsfremd. Im Bund bestimmen Linksideologen den grünen Kurs; die Reste bürgerlicher Kräfte wurden schon vor Jahren hinausgedrängt. Deshalb: Die Union braucht nicht schwarz-grüne Planspiele, sondern muss sich darauf konzentrieren, zu ihrem Markenkern als Partei der sozialen Marktwirtschaft und damit zu alter Stärke zurückzukehren.



Hans Michelbach (67) ist Vorsitzender der Mittelstands-Union und stellvertretender MIT-Bundesvorsitzender. Der Unternehmer und CSU-Bundestagsabgeordnete ist seit 2009 Obmann der Unionsfraktion im Finanzausschuss.



Die Bessermacher

Wolfgang Kydl
Broschur, 224 S., 17,95 Euro
ISBN 978-3-280-05604-2
Orell Füssli Verlag

Dieses nun auch in Deutschland erschienene Buch stand 2014 21 Wochen auf der Schweizer Bestsellerliste, davon sogar sechs Wochen auf Platz 1. Mit den „Bessermachern“ sind (natürlich) Schweizer gemeint, die sich der Autor etwas näher angeschaut hat. Er sagt, wer sie sind, was sie machen und warum das Land so hervorragend funktioniert, bis hin zur Integration von Flüchtlingen. Die Innenein- und -ansichten, die uns gewährt werden, kommen durchaus heiter und humorvoll daher.



Denken Sie doch selber!

Stefan Dudas
Geb., 200 S., 17,90 Euro
ISBN 978-3-907100-95-0
Midas Verlag

Wer hinterfragt schon, was uns täglich von der Werbung und in den Medien serviert wird? Wie schafft es das Fernsehen, dass wir nicht (öfter) den Aus-Knopf drücken? Genauer gefragt: Warum lassen wir uns so einfach manipulieren? Der Autor rät uns schlicht, aus dem Leben aus der Konserve auszusteigen und stattdessen in die eigene lebenswerte Realität einzutauchen. Motto: „Denken Sie doch mal selbst! Wie Sie Ihre persönliche Einschaltquote erhöhen.“



Die 10 wichtigsten Zukunftsthemen im Marketing

Geb., 256 S., 59,- Euro
ISBN 978-3-648-07972-0
Haufe Verlag

In Zeiten der Digitalisierung verschwinden Trends im Marketing oft genauso schnell wie sie entstanden sind. Gerade in kleinen und mittelständischen Unternehmen ist es entscheidend zu wissen, welche dieser Trends bleiben und zu relevanten Zukunftsthemen aufsteigen und welche nicht. Zehn Themen hat der Autor als wichtig ausgemacht, von denen wir unseren Lesern fünf verraten: Big Data, Content Marketing, Neuromarketing, Social Media Marketing und Corporate Social Responsibility.



GmbH-Jahresabschluss leicht gemacht

Broschur, 360 S., 34,95 Euro
ISBN 978-3-648-08046-7
Haufe Verlag

Von den Grundregeln bis zum Lagebericht: Dieses Buch ist eine praktische Anleitung zur Erstellung des GmbH-Jahresabschlusses. Der Autor führt Schritt für Schritt durch den gesamten Prozess – inklusive Bestimmung der Aktiva und Passiva. Darüber hinaus enthält es zahlreiche Arbeitshilfen wie Formulare, Übersichten oder Mustervorlagen. Die neue Auflage des Buches enthält auch Änderungen, zum Beispiel bei den Reisekosten oder Sachzuwendungen.



Deutschland in Gefahr

Rainer Wendt
Geb., 190 S., 19,99 Euro
ISBN 978-3-86883-476-5
Riva Verlag

Rainer Wendt (59), CDU-Mitglied und Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, „Deutschlands bekanntester Polizist“ (BILD) und ständiger Mahner mit medialer Allpräsenz, hat ein hochaktuelles Buch über das Versagen des Rechtsstaats auf vielen Gebieten geschrieben. Seine Schilderung der Versäumnisse der Politik und ihre Folgen für unser Land lassen einem die Haare zu Berge stehen.

Täter, so Wendt, genießen häufiger einen besseren Schutz als ihre Opfer, kriminelle Banden verbreiten in ihren Stadtteilen Angst und Schrecken, Rechtsradikale schaukeln sich gegenseitig hoch – und dann noch Tausende Salafisten...

Seine zum Teil mit tiefender Ironie dargestellten, erschreckenden Szenarien und die daraus resultierende Kritik zielen auf die Politiker mit ihrer „Kreißaal-Hörsaal-Plenarsaal-Kabinettsaal-Karriere“. Er beklagt die oftmals mit äußerster Härte und persönlicher Verunglimpfung geführten Diskussionen, von „Diskussionskultur“ mag man nicht mehr reden. So habe sich die Hälfte der Deutschen bereits aus der Diskussion um das Flüchtlingsthema abgemeldet: „Ich sage am besten gar nichts mehr!“

Wendt: „In Wahrheit gibt es keine ‚Willkommenskultur‘. Ich suche mir selbst aus, wen ich willkommen heiße und wen nicht, das geht nicht im Kollektiv. Das als Aufgabe für das Volk zu formulieren ist ein Fehler. Denn nicht die Regierung vergibt die Aufgaben, sondern das Volk selbst!“

Günter F. Kohl

Infiniti Q 30 Die A-Klasse in schicker Version



Dieses Auto ist der klassische Zweitwagen für den Stadt- und Nahverkehr

Nicht nur der Zündschlüssel, einzelne Bedienelemente, Teile des Cockpits oder die Sitzverstellung kommen Mercedes-Fahrern bekannt vor, auch fahrdynamisch erinnert der Infiniti Q 30 an ein Auto aus Untertürkheim, nämlich an den GLA, das A-Klasse-SUV. In der Tat: Der kleine Edel-Japaner,

gebaut in England, angetrieben von einem Renault-Diesel aus dem Hause Nissan basiert auf der A-Klasse von Mercedes. Das Auto ist der klassische Zweitwagen für den Stadt- und Nahverkehr. Beispielsweise bietet Infiniti zwei leichte, sparsame Motoren an, einen 1,5-Liter-Diesel und einen

1,6-Liter-Benziner. Bei niedrigen Geschwindigkeiten sind die Lenkbewegungen leichter, bei höheren steigt der Widerstand. Natürlich gibt es auch eine Sportversion mit 211 PS.

Gemessen an der Ausstattung mit Sicherheits- und Assistenztechnologien, kann sich der Infiniti mit Mittelklasse-Limousinen messen. Ob Tote-Winkel-Warner, Notbrems-Assistent, adaptiver Tempomat, Einparkhilfe oder eine Display-Einstellung aus der Vogelperspektive – alles vorhanden. Mittels Touch Screen haben Fahrer und Beifahrer Zugriff auf die Navigation, auf Fahrzeugdaten auf ein per Bluetooth verbundenes Smartphone oder auch auf Echtzeit-Verkehrsmeldungen, Mails, Terminkalender und eine Reihe Social Media Anwendungen. Der Einstiegspreis ist mit rund 26.000 Euro, gemessen an der gebotenen Leistung an Technik und Komfort, durchaus vertretbar. G. K.

Peugeot 508 RXH Solides Auto, sparsam und übersichtlich

Beginnen wir mit dem, was uns störte: Mit dem Automatik-Schaltknubbel muss man sich erst anfreunden und vor dem Start einmal umrühren, bevor man dann den Startknopf etwas links hinter dem Lenkrad versteckt, drücken kann. Das Infotainment-System und das verzögerte Koppeln des Smartphones über Bluetooth bei jedem Neustart – beides hat Optimierungsbedarf.

Ansonsten aber ist der Franzose ein flotter Auto mit allem, was man so braucht: Das Platzangebot überzeugt, die Bechhalter klappen platzsparend aus, die Mo-



Foto: Kohl

Solide Mittelklasse, sparsamer Verbrauch – Peugeot 508 RXH

torenpalette hält für jeden Anspruch etwas bereit, die Assistenten bieten den in dieser Klasse üblichen Standard und Umfang und von Allrad bis Hybrid kann der Kunde alles buchen, was sein Geldbeu-

tel zulässt. Ein erwähnenswertes Bonbon zum Schluss ist auf jeden Fall das Panorama-Glasdach in einer Größe, die man bei Mittelklasse-Autos selten findet.

Günter F. Kohl

Leser fragen – wir antworten

Rechtliche Themen beherrschen unseren Alltag und prägen verstärkt das Miteinander im Berufs- wie im Privatleben. Wir wollen helfen, mehr Licht in den Paragraphen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden – eine E-Mail genügt. Wir werden ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten, Position beziehen, über rechtliche Kuriositäten berichten oder aktuelle rechtliche Themen vorstellen.

Aber Achtung: Wir leisten keine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwältinnen und Fachanwälten vor Ort.



Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar, stellt sich den Fragen unserer Leser

Kündigungsschutzklagen schließen sich oft an eine arbeitsrechtliche Kündigung an. Dabei stehen nicht selten die Formulierung der Kündigung und die Kündigungsfrist im Mittelpunkt des Streits. Das musste auch unsere Leserin Mechthild L. erfahren. Sie fragt nun, wie genau der Beendigungszeitpunkt des Arbeitsverhältnisses angegeben werden muss.

Grundsätzlich gilt, dass eine Kündigung so präzise wie möglich formuliert sein muss. Sobald Missverständnisse aufgrund von unklaren oder mehrdeutigen Formulierungen möglich sind, wirkt sich dieses stets zum Nachteil des Kündigenden aus.

Das Bundesarbeitsgericht (BAG, 6 AZR 782/14) entschied im Januar einen Streit, in dem der Arbeitgeber wie folgt formuliert hatte: „Für den Fall,

dass die außerordentliche Kündigung unwirksam ist, kündige ich hilfsweise vorsorglich das mit Ihnen bestehende Arbeitsverhältnis ordentlich zum nächstmöglichen Termin auf.“

Eine solche Kündigung „zum nächstzulässigen Termin“ ist möglich. Dem Arbeitnehmer muss aber die Dauer der Kündigungsfrist bekannt oder für ihn bestimmbar sein. Eine solche Kündigung ist typischerweise so zu verstehen, dass der Kündigende die Auflösung des Arbeitsverhältnisses zu dem Zeitpunkt erreichen will, der sich bei Anwendung der einschlägigen gesetzlichen, tarifvertraglichen und/oder vertraglichen Regelungen als rechtlich frühestmöglicher Beendigungstermin ergibt, so das BAG. Die Ermittlung der maßgeblichen Kündigungsfrist kann sich aus Angaben im Kündigungsschreiben oder aus einer vertraglich in Bezug genommenen tariflichen Regelung ergeben.

TIPP: Lassen Sie sich lieber vor der auszusprechenden Kündigung von einem Fachanwalt für Arbeitsrecht wegen der korrekten Frist beraten, um nicht nach der im juristischen Selbstversuch erklärten Kündigung einen monatelangen und teuren Rechtsstreit führen zu müssen.

Ein Handy darf während der Autofahrt nur mit Freisprechanlage ge-

nutzt werden. Das gilt selbst dann, wenn das Auto mit laufendem Motor an einer Ampel steht. Unser Leser Gerhard K. möchte wissen, wie weit das Nutzungsverbot tatsächlich auszulegen ist.

Die Gerichte legen das „Telefonierverbot“ sehr weit aus. Das Oberlandesgericht Oldenburg hat dies in einer Entscheidung aus dem Dezember 2015 (2 Ss (OWi) 290/15) präzisiert. Die Richter formulierten, dass die Nutzung eines Mobil- oder Autotelefon für den Fahrzeugführer verboten sei, wenn er das Gerät hierfür aufnehmen oder halten müsse. Das ergibt sich bereits aus § 23 StVO, der auch die Ausnahme von dem Verbot regelt, wenn das Fahrzeug steht und bei Kraftfahrzeugen der Motor ausgeschaltet ist.

Das Anschließen eines Handys zum Aufladen stellt nach Ansicht der Richter bereits eine Nutzung in diesem Sinne dar. Der Fahrzeugführer muss stets beide Hände für die Bewältigung der Fahraufgabe frei haben. Die Nutzung schließe daher sämtliche Bedienfunktionen und auch Tätigkeiten zur Vorbereitung der Nutzung wie das Anschließen zum Laden ein, so die Richter.

Fazit: Das Handy gehört im Auto nicht ans Ohr und auch nicht in die Hand, so lange der Motor läuft. Nach dem Einsteigen sollte man sofort die Freisprechanlage aktivieren und erst dann den Motor starten, um unnötige Bußgelder oder gar Punkte zu vermeiden.



Foto: Pitopia

EU-Check

**Irrwitzige Verordnung
oder sinnvolle Richtlinie?
In dieser Rubrik bewerten
unsere EU-Experten des
PKM Europe regelmäßig
neue EU-Vorhaben**



Impulse für digitalen Binnenmarkt

Mit einem umfassenden Maßnahmenpaket hat die EU-Kommission wichtige Schritte zur Weiterentwicklung des digitalen Binnenmarkts und des Online-Handels präsentiert. Die neuen Vorschriften zum Geoblocking sollen erreichen, dass Verbraucher im EU-Binnenmarkt Güter zu gleichen Bedingungen erwerben können. Die Verordnung führt zu keiner Verpflichtung einer EU-weiten Zustellung von Waren durch die Unternehmen. Darüber hinaus darf die Preisgestaltung für Güter nicht von der IP-Adresse des Kunden abhängig gemacht werden. Ein Verordnungsvorschlag für mehr Preistransparenz bei grenzüberschreitenden Paketzustelldiensten sowie ein Richtlinienvorschlag zu audiovisuellen Mediendiensten komplettieren das Paket.

Ein Verordnungsvorschlag für mehr Preistransparenz bei grenzüberschreitenden Paketzustelldiensten sowie ein Richtlinienvorschlag zu audiovisuellen Mediendiensten komplettieren das Paket.

Juncker-Plan

Der Europäische Fonds für Strategische Investitionen (EFISI) war als Vorzeigeprojekt der Juncker-Kommission geplant. Die Halbzeitbilanz fällt ernüchternd aus, denn der EFISI verfehlt seine Ziele deutlich: Anstelle eines Multiplikatoren-Effekts von 15 wurde nur eine 7,8-fache Hebelwirkung erzielt. Über den Fonds wurden bislang 12,8 Milliarden Euro ausgegeben, um damit private Investitionen von etwa 100 Milliarden Euro auszulösen. Positiv hingegen ist, dass vor allem KMU zum Zug kamen. So konnten in Kooperation mit nationalen Förderbanken 140.000 europäische KMU mit Finanzierungen versorgt werden. Deshalb soll das KMU-Förderfenster nun vergrößert werden.



Die Jury



Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe

Jahrestage und Geburtstage für September 2016

Mit dieser Chronik will das MittelstandsMagazin an wissenswerte Ereignisse, Geburts- und Gedenktage aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erinnern, die in diesem Monat „runden“.

08.09.

1941: Beginn der Belagerung Leninsgrads (vor 75 Jahren)

09.09.

1986: Erste Bundestagsitzung im Bonner Wasserwerk (vor 30 Jahren)

10.09.

2006: Gründung der Piratenpartei (vor 10 Jahren)

20.09.

Weltkindertag

20.09.

1976: Einführung von Direktwahlen zum Europäischen Parlament (vor 40 Jahren)

28.09.

75. Geburtstag von Edmund Stoiber, bayerischer Ministerpräsident von 1993 bis 2007



30.09.

1946: Urteilsverkündung im Nürnberger Prozess (vor 70 Jahren)



Fotos (2): Wikipedia

Europapolitik im MU-Fachausschuss THD



Zahlreiche Unternehmer und Verbandsvertreter diskutierten unter Leitung von Thomas Schmatz und Claudia Heim im Gespräch mit Markus Ferber, CSU-Bezirksvorsitzender Schwaben und Europaabgeordneter im Wirtschaftsausschuss in Brüssel und Straßburg, im MU-Fachausschuss Tourismus, Handel, Dienstleistungen in der CSU-Landesleitung aktuelle Fragen der Europapolitik. Besonderer Gast: der Vorsitzende der MIT Rheinland-Pfalz, Gereon Haumann.

CSU-Europagruppenvorsitzende beim MU-Fachausschuss Digitalisierung



Europa wird immer wichtiger auch im Bereich Digitalisierung - CSU-Europagruppenvorsitzende Dr. Angelika Niebler sprach und diskutierte im MU-Fachausschuss auf Einladung von Martin Kneer und Wolfgang Becher - volle Aufmerksamkeit am Tag der Brexit-Abstimmung bei hochsommerlichen Temperaturen. Die Mitglieder des Fachausschusses berieten zudem mehrere Anträge für die MU-Landesversammlung.

MU Aichach-Friedberg bei der MTU



Eine hochinteressante Betriebsbesichtigung erlebten die Mitglieder und Gäste der MU Aichach-Friedberg bei der MTU Aerospace in Augsburg mit der Raketen- und Flugzeugkomponentenproduktion. Rechts im Bild MU-Kreisvorsitzender Philipp Hörmann.

MU Ostallgäu beim Weltmarktführer für Antriebstechnik zu Gast



Auf dem Bild Geschäftsführer Klingler (dritter von links), ganz rechts: MU-Kreisvorsitzender Dr. Jahn, links daneben: Werksleiter Isemann

Wenn Sie heute einen Aufzug benutzt haben, stammt die Sicherheitsbremse mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit von der Firma Mayr-Antriebstechnik aus dem kleinen Mauerstetten im Ostallgäu.

Die 1897 in Kaufbeuren gegründete und noch immer als Familienunternehmen geführte mittelständische Firma ist heute Weltmarktführer im Bereich Sicherheitsbremsen und Kupplungstechnik – Grund genug für einen Besuch der MU Ostallgäu.

Neuwahlen bei der MU Oberpfalz



Bild von links: Harald Gollwitzer, Dr. Benjamin Zeitler, Alexandra Graf, Michael Bader, Elisabeth Bergschneider, Robert Fischer, Dr.-Ing. Josef Zimmermann, Ingrid Weindl, Ingrid Heut, Stefan Prechtl

Der Bezirksverband der Mittelstands-Union Oberpfalz bestätigte Dr.-Ing. Josef Zimmermann in seinem Amt als Bezirksvorsitzenden.

Als seine vier Stellvertreter wurden Michael Bader, Harald Gollwitzer, Stefan Prechtl und Ingrid Heut gewählt.

CSU-Generalsekretär bei der MU Niederbayern



Wirtschaft und Politik im direkten Gespräch – dazu konnte MU-Bezirksvorsitzender Peter Erl CSU-Generalsekretär und CSU-Bezirksvorsitzenden Andreas Scheuer sowie die Bundstagsabgeordneten Gudrun Zollner, Alois Rainer und Florian Ossner begrüßen. Der MU-Vorstand diskutierte über aktuelle Themen wie Erbschaftsteuer, Meisterbrief, vorgezogene Sozialversicherungsbeiträge, den Bundesverkehrswegeplan, die Hochwasserhilfe und vieles mehr. Gerade bei der Erbschaftsteuer habe sich die MU als Interessenvertreterin vor allem der kleinen und mittleren Betriebe hervor getan, so An-

dreas Scheuer. Dass sich die Mittelstandsunion als Vertreter von Mittelstand und Mittelschicht klar positioniere und in die CSU-Diskussionen einbringen könne, spreche für die Kompetenz und Erfahrung ihrer Mitglieder. „Wir können in Niederbayern sehr stolz auf die Arbeit und die breite Themenpalette unserer MU um Peter Erl sein“, so der CSU-Generalsekretär. Zum Thema Breitbandausbau bemerkte er: „Wenn allein der Landkreis Passau so viel Fördermittel bekommt wie das Land Baden-Württemberg für seine Bürger zur Verfügung stellt, wird deutlich, wie wichtig uns das Thema ist.“

Neue Impulse für die Gesundheitspolitik

Wie kann unser Gesundheitssystem demografiefest werden - darüber sprachen MU-Vize Bernhard Kösslinger und MU-Gesundheitsexperten mit Staatsministerin Melanie Huml im Bayerischen Gesundheitsministerium. Dr. Eberhard Lasson, Vizevorsitzender des Fachausschusses Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesundheitspolitik der MU Bayern, kritisierte die Intransparenz und Ineffizienz des Gesundheitsfonds. Diese könne man überwinden, indem man den Kassen wieder mehr Autonomie gäbe. Dazu könne der Fonds halbiert werden: Arbeitgeberanteile und der Bundeszuschuss könnten in diesem Topf bleiben, während die Arbeitnehmeranteile als Versichertenprämie direkt bei den Kassen belassen



würden. Auf dem Bild Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml mit v.l. Dr. Eberhard Lasson, Prof. Dr. Günther Neubauer, Franz Niedermaier, Bernhard Kösslinger, Michael Kretzer.

Sommerfest der MU Erlangen



Zum traditionellen Sommerfest trafen sich die MU-Verbände Erlangen und Erlangen-Höchstadt in der VR-Bank. Nach der Begrüßung durch den Vorstandsvorsitzenden Johannes Hofmann und seinen Stellvertreter Hans-Peter Lechner referierte der Münchner Rechtsanwalt und Steuerberater Michael Böhlk-Lankes über die Reform des Erbschaftsteuergesetzes. Beim anschließenden gemütlichen Beisammensein wurde – am Tag der Brexit-Abstimmung – in kleinen Runden lange über die aktuelle politische Lage diskutiert. Auf dem Bild v.l. die MU-Vorsitzenden Dr. Robert Pfeffer und Peter Brehm, Michael Böhlk-Lankes, Johannes Hofmann, Hans-Peter Lechner

Politische Bierprobe - MU Aschaffenburg

Über dreißig Gäste der MU Aschaffenburg trafen sich zur politischen Bierprobe mit Andrea Lindholz, MdB und dem Aschaffener IHK-Präsidenten in der Großostheimer Eder und Heyland's Brauerei. Das Unternehmen ist die größte privat geführte Sortimentsbrauerei Deutschlands. Auf dem Bild v.l. Geschäftsführer Friedbert Eder, Andrea Lindholz, MdB und MU-Kreisvorsitzender Dirk Reinhold.



50 Jahre Zeppelin in Köln



Zeppelin Baumaschinen feierte kürzlich sein 50-jähriges Standortjubiläum in Köln. Das nahm die MIT Rheinisch-Bergischer Kreis um ihre Vorsitzende Dorothea Dietsch zum Anlass, sich die großen Caterpillars anzuschauen, die Zeppelin in 650 verschiedenen Varianten dort vertreibt. Sorge bereitet der Bauwirtschaft die Dieselpartikelfilter-Pflicht für Baumaschinen. Sämtliche Kosten für die Nachrüstung (zwischen 3000 und 15.000 Euro) liegen bei den Bauunternehmen. Viel Spaß hatten die MIT-Mitglieder beim abschließenden Rundgang über das Betriebsgelände.

Sommerfest der Mittelstandsfrauen



Rund 50 Mittelständlerinnen und ihre Partner haben zu einem Sommerfest auf dem Weyenhof in Oldenburg eingeladen. Anke Müller de Rot begrüßte als Vorsitzende des Arbeitskreises „Frau im Mittelstand“ die Gäste im rustikalen Ambiente. Stephan Albani, Bundestagsabgeordneter und MIT-Mitglied, berichtete aus dem politischen Berlin.

Politik aus erster Hand



Der CDU-Bundestagsabgeordnete Professor Egon Jüttner gab bei seinem Besuch bei der MIT Mannheim Einblicke in den Berliner Politikbetrieb. Im Vordergrund standen tagesaktuelle politische Themen, dominiert vom Referendum der Briten über den Brexit. Jüttner bedauerte den knappen Wahlausgang zu Gunsten der Europakritiker. Insbesondere die jüngeren Wähler hätten für den Verbleib in der Wertegemeinschaft gestimmt. Für die deutsche Wirtschaft sei problematisch, dass Großbritannien 2015 der drittgrößte Exportmarkt gewesen sei. Jüttner wurde für seine langjährige Mitgliedschaft mit der Ehrennadel der MIT in Silber ausgezeichnet.

Thomas Mann besucht Betriebe



Im Rahmen seiner Besuche von Betrieben im Kreis Fulda hat Thomas Mann sein Versprechen eingelöst und war zu Gast beim landwirtschaftlichen Betrieb von Christoph Müller in Rotthemann. Die Gemeinde Eichenzell war vertreten durch Bürgermeister Dieter Kolb und den Vorsitzenden der Gemeindevertretung Edwin Balzter, von der MIT waren Landesvorsitzender Frank Hartmann und Geschäftsführer Berthold Jost zu Gast.

30 Jahre MIT Ludwigsburg



Mehr als 200 Gäste haben die Gründung der MIT Ludwigsburg vor 30 Jahren gefeiert. MIT-Vorsitzender Armin Maschke wertete die große Gästezahl als Ausdruck der Verbundenheit der regionalen Wirtschaft zur MIT. „Es gibt außer uns keine politische oder sonstige Vereinigung, der es gelingt, Vertreter des Mittelstands in so großer Zahl zusammenzubringen.“ Redner der Festveranstaltung waren der Unternehmer Michael Fischer und MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann. Fischer forderte die Vertreter der Regierungsparteien auf, zu einem politischen Kurs zurückzukehren, der Innovation und Wachstum fördere.

„Fehler sind kein Weltuntergang“



Die junge Unternehmerin und Politikerin Lencke Steiner erläuterte in der Reihe „Wirtschaftsgespräche der MIT Stuttgart“ die deutsche Einstellung zu Fehlern. Sie zeigte locker, engagiert und unterhaltend auf, wie der Hang zu Perfektionismus in Deutschland eine positive Fehlerkultur verhindere. In den USA werde mit Stolz erzählt, wie man über steinige Wege mit vielen Fehlern letztlich doch noch zum Erfolg gelangte. „Wir schämen uns, Fehler einzugestehen, da man bei einem solchen Eingeständnis schräg angeschaut wird“, sagte Steiner. Diese Angst lähme die deutsche Wirtschaft.

Metzger bei Conductix-Wampfler



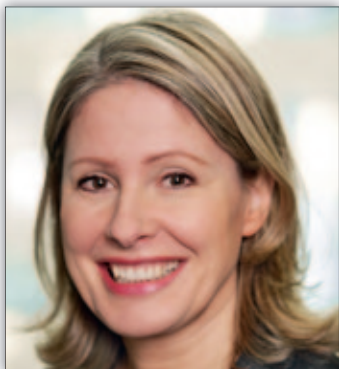
Über das internationale Innovationsmanagement des Weltmarktführers Conductix-Wampfler haben sich Oswald Metzger (MIT-Bundesvorstandsmitglied) und der Bundestagsabgeordnete Armin Schuster in Weil am Rein informiert. Mit dabei waren Oberbürgermeister Wolfgang Dietz, MIT-Kreisvorsitzen-

der Dietrich Eberhardt und die CDU-Stadtvorsitzende Ulrike Smit. Schwerpunkte des Unternehmens sind die Digitalisierung im Rahmen von Industrie 4.0, die Entwicklung von Batteriesystemen als Energiespeicher und die Optimierung von neuen Datenübertragungstechnologien.

Ich bin in der MIT, weil ...

„... der Mittelstand – das Rückgrat Deutschlands – von Querdenkern profitiert.“

Katrin Müller-Walde



Katrin Müller-Walde (52) ist Geschäftsführerin des „Executive Tower 102“, einem Beratungsunternehmen, das Top-Level-Führungskräfte im Bereich Veränderung unterstützt. Dazu gehören die Analyse und Weiterentwicklung individueller Karrieren, das Bilden von Hochleistungsteams und die Steuerung von Querschnittsprozessen im Unternehmen unter Agilitätsgesichtspunkten.

Bundesweit bekannt wurde die Diplom-Volkswirtin als TV-Moderatorin der ZDF-heute-Hauptausgabe um 19 Uhr, die sie ab 1993 sechs Jahre lang präsentierte. Im Jahr 2000 gründete die Journalistin ein Medienberatungsunternehmen. Ein Jahr später wurde sie Dozentin für Marketing an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin. Zwischen 2002 und 2005 arbeitete Müller-Walde in Washington, D.C., wo die Mutter eines Sohnes ein viel beachtetes Buch zum Thema Jungenförderung schrieb. Anschließend arbeitete sie als Auslandskorrespondentin in verschiedenen Ländern für ARD, ZDF und Phoenix.

Katrin Müller-Walde ist im Juni 2016 in die MIT Frankfurt am Main eingetreten.

„... gerade im ländlichen Raum das Handwerk und der Mittelstand als Zukunftsmotoren starke Stimmen brauchen.“

Kerstin Rudat



Die Diplom-Kommunikationswirtin Kerstin Rudat wuchs in Köln auf und studierte später Germanistik, Philosophie und Kommunikationswirtschaft. Nach ersten Stationen in Köln als Werbetexterin zog es sie als Junior-Copywriter nach New York zur renommierten Werbeagentur DDB auf die Madison Avenue. Anschließend arbeitete sie einige Jahre in Düsseldorf als Creative Supervisor und später als international verantwortliche Kreativ-Direktorin im BBDO-Netzwerk.

Da sie schon immer vom Landleben träumte, zog sie vor einigen Jahren zurück in ein kleines Hunsrückdorf und heiratete einen Malermeister. Dort ist die Mutter von drei Söhnen als kreative Beraterin, Regisseurin und Autorin von Werbespots, Image-Filmen und TV-Dokumentationen (u.a. für Arte und Spiegel-TV) tätig. Ganz aktuell ist sie in der Start-Up-Gründung für ein Kinderspielzeug-Projekt, das sie während der Elternzeit entwickelt hatte.

Kerstin Rudat engagiert sich u.a. als Beisitzerin im Bezirksvorstand der MIT Rhein-Hunsrück, wo sie der Region innovative Impulse geben will.

Kerstin Rudat ist im Mai 2016 in die MIT Rhein-Hunsrück eingetreten.

„... sie als parteipolitische Wirtschaftsvereinigung die Interessen des Mittelstands auf Basis eines starken partnerschaftlichen Netzwerks vertritt.“

Martin Sülzenfuß



Mit 28 gewonnenen Neumitgliedern hat die MIT Kaarst den Jubiläumspreis zum „Tag der MIT“ gewonnen. Neben dem 60-jährigen MIT-Jubiläum konnte sich der Stadtverband Kaarst während der Feierlichkeiten am 27. April über ein weiteres Jubiläum freuen – ihr 250. Mitglied Martin Sülzenfuß. Der 28-Jährige ist in Kaarst aufgewachsen und zur Schule gegangen. Er studierte zunächst Maschinenbau an der RWTH Aachen und schloss daran einen Master im Bereich Produktionstechnik mit dem Schwerpunkt Fertigung und Montage an.

Seit gut einem Jahr arbeitet Martin Sülzenfuß als Ingenieur bei einem mittelständischen, produzierenden Unternehmen. In seiner Freizeit treibt Martin Sülzenfuß gerne Sport, geht joggen und spielt Tennis in der SG Kaarst. Außerdem ist der Niederrheiner im Schützenwesen aktiv. An der MIT schätzt er, dass sie als parteipolitische Wirtschaftsvereinigung die Interessen des Mittelstands auf Basis eines starken partnerschaftlichen Netzwerks vertritt.

Martin Sülzenfuß ist im April 2016 in die MIT Kaarst eingetreten.

NEUES AUS DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE



Wie schnell doch die Zeit vergeht: Ein Jahr ist es schon her, dass die neue MIT-Bundesgeschäftsstelle mitten im Berliner Regierungsviertel bezogen werden konnte. Mit dem Umzug von einer Altbauwohnung in sichtbare Geschäftsräume an der Ecke Schadowstraße/Dorotheenstraße ist die MIT noch enger an das politische Geschehen gerückt. Von der neuen MIT-Servicezentrale ist der Reichstag in fünf Gehminuten erreichbar. Unmittelbar angrenzend befinden sich Abgeordnetenbüros, das Bundespresseamt und die wichtigsten Hauptstadtmedien.

Nachdem nun endlich die letzten Lampen installiert und Glastüren eingebaut sind, konnte kürzlich die finale Abnahme mit unserem Architekten Kim Wang stattfinden. Es freut uns ganz besonders, dass das Projekt Bundesgeschäftsstelle im Zeit- und – noch wichtiger – Kostenplan liegt. Dank unserer mehr als 300 Bauherren, Sponsoren und Spender konnten rund 150.000 Euro für den Ausbau und Kauf der Geschäftsstelle aufgewendet werden.



Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Die neuen Räume sind modern, einladend und repräsentativ. Im vergangenen Jahr fanden fast 100 Sitzungen, Konferenzen und sonstige Veranstaltungen bei der MIT statt, was vorher so nicht möglich war.

Ebenso freuen wir uns, dass auch einige MIT-Verbände und Besuchergruppe vorbeigeschaut haben. Sollten auch Sie sich einmal in Berlin aufhalten, schauen Sie doch einfach mal vorbei. Wir freuen uns auf Sie!



MIT in den Medien

„Wir haben nicht die Generation Praktikum, sondern in weiten Teilen das Praktikum selbst abgeschafft.“
Carsten Linnemann zum Mindestlohn für Praktikanten, 1. August, Die Welt

„Mittlerweile ist es soweit, dass sich Gabriel nicht nur selbst beschädigt, sondern auch das Amt beschädigt wird.“
Carsten Linnemann zur Edeka-Ministererlaubnis, 29. Juli, Stuttgarter Zeitung

„Erst kam Fukushima, dann die Eurokrise, dann die Flüchtlinge, dann der Brexit – wir reagieren nur, anstatt Visionen zu entwickeln.“
Carsten Linnemann zur Großen Koalition, 13. Juli, Rheinische Post

„Der Meisterbrief ist ein Qualitätsmerkmal des deutschen Handwerks und muss wieder eingeführt werden. Wir müssen den Trend zur Akademisierung stoppen und das System der dualen Ausbildung stärken.“
Carsten Linnemann zum Meisterbrief, 6. Juli, Hannoversche Allgemeine

BLEIBEN SIE INFORMIERT MIT DEM MIT:NEWSLETTER!

Schreiben Sie eine E-Mail an mail@mit-bund.de und Sie erhalten zukünftig elektronische Post aus dem Berliner Regierungsviertel. Alle 14 Tage informieren wir Sie über Initiativen, Inhalte und Interna der MIT. Selbstverständlich dienen Ihre Daten ausschließlich der Verwendung durch die MIT und werden nicht an Dritte weitergegeben.



Der Bundesvorsitzende unterwegs...

1. September

Wahlkampfunterstützung CDU Niedersachsen
„Deutschland - Quo vadis? Nullzins, Digitalisierung, Bevölkerungsalterung?“

11:30 Uhr MIT & CDU Hannover-Land & Stadt, Hannover

14:30 Uhr MIT & CDU Nienburg, Nienburg

19:00 Uhr MIT & CDU Osnabrück Land & Stadt, Bissendorf

5. September, 12:30 Uhr

MIT-Bundesverband
Sitzung des MIT-Bundesvorstandes
Berlin

6. September, 9:30 Uhr

MIT-Bundesverband
Kreisvorsitzendenkonferenz
Berlin

6. September, 19:30 Uhr

MIT-Bundesverband
Parlamentarischer Abend mit Verleihung des Deutschen Mittelstandspreises der MIT
Berlin

10. September, 18:30 Uhr

Lions-Club Büren-Salzhausen
„Deutschlands Zukunft: Verantwortung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“
Wewelsburg

12. September, 18:00 Uhr

Wirtschaftliche Vereinigung Oldenburg - DER KLEINE KREIS e. V.,
„Flüchtlingskrise, Nullzins, Bevölkerungsalterung – Wohin steuert Deutschland?“
Oldenburg

16. September, 10:00 Uhr

Gipfel der Jungen Unternehmer
„Deutschlands Zukunft: Verantwortung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“
Dortmund

26. September, 9:30 Uhr

Kreislandwerkerschaft Göttingen
„Nullzins, Bevölkerungsalterung, Flüchtlinge – Deutschland, Quo vadis?“
Göttingen

28. September, 12:00 Uhr

IWKöln & VDMA, Arbeit 4.0
Berlin



Burkas machen den Menschen Angst

Burkas sind das Gegenteil von Integration

Noch vor einem Jahr, im September 2015, erfreute sich die große Koalition einer Wählerzustimmung von 67,5 %. FDP und AfD lagen zu dieser Zeit beide unter 5 %. Heute sehen die Zahlen so aus: 51,5 % der Wahlberechtigten würden CDU (31 %) und SPD (20,5 %) wählen, 11 % jeweils die AfD und die Grünen, 11,5 % die Linke und 7 % die FDP. AfD und FDP haben sich also von zusammen unter 10 auf 18 % gesteigert, die Regierungsparteien dagegen 16 Prozentpunkte eingebüßt. Die Daten stammen vom Meinungsforschungsinstitut INSA und dessen Chef Hermann Binkert, Mitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT).

Das sind Hiobsbotschaften für die Wahlkämpfer in Mecklenburg-Vorpommern (Landtagswahl am 4. September) und Berlin (Abgeordnetenhauswahl am 18. September). Die Ursachen sind vielfältig und liegen auf der Hand. Rainer Wendt, Chef der Polizeigewerkschaft und CDU-Mitglied, hat sie in seinem Buch markant benannt (siehe Seite 24). Die Spitzenkandidaten Lorenz Caffier und Frank Henkel, beide Innenpolitiker, sind wahrlich nicht zu beneiden. Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg lassen grüßen. Dort trotzten die CDU-Landespolitiker nur bedingt dem Gegenwind aus Berlin – vergeblich. So, wie es aussieht, wird die CDU mit ihren zurzeit ermittelten 18 % aus einer weiteren Landesregierung ausscheiden, nämlich in Berlin. Vielleicht auch in Mecklenburg-Vorpommern, wo sie aber die Chance hat, auf einem niedrigen

Niveau stärker als die SPD zu werden, die Sozialdemokraten jedoch eine Juniorrolle ablehnen und lieber mit Grünen und Linken koalieren – wenns denn passt.

Und so fegt die Weichspülwelle alle Chancen dahin. Dringende Reformen in der Innen- und Sicherheitspolitik werden klein geredet. Die Union, jedenfalls der CDU-Teil derselben, wird trotz aller Proteste aus Bayern und nur vereinzelt und zudem noch hinter vorgehaltener Hand geäußert Bedenken nördlich der Mainlinie auf Schwarz-Grün getrimmt.

Was uns fehlt und was nicht alternativlos ist, formuliert Rainer Wendt so: „*Innere Sicherheit ist nicht nur die Abwesenheit von Kriminalität und Terror, es bedeutet auch die Integration der Menschen, die bei uns leben. Parallelgesellschaften dürfen wir nicht dulden. Das gilt auch für vermummte Gestalten, die durch unsere Straßen laufen. Burkas sind das Gegenteil von Integration. Sie machen den Menschen Angst, mir persönlich auch.*“

P.S.: Bei meinen vielen Aufenthalten in arabischen Ländern habe ich an einem Tag noch nie so viele Burka-Trägerinnen (oder: Träger, denn wer weiß, wer sich dahinter verbirgt?) wie in Berlin oder in anderen deutschen Großstädten gesehen.



Günter F. Kohl ist Chefredakteur und Verleger des MittelstandsMagazins

Foto: picture alliance / dpa

IMPRESSUM **MittelstandsMagazin**

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU vertreten durch den Bundesvorsitzenden und den Hauptgeschäftsführer Schadowstraße 3, 10117 Berlin

Verlag

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.de

Chefredakteur

Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

Redaktion Recht

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Anzeigen

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 992, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf

Nielsen I, II, VI, VII
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 / 8 61 79, Fax 02205 / 8 56 09

Nielsen III a, III b, IV, V
KDH Medienservice
Karin Dommermuth-Hoffmann
Tel. 0261 / 394 953 36, Fax 0261 / 394 953 37

Titel-Foto: pitopia.de

Satz und Layout

Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431 / 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck

Frank Druck GmbH + Co KG
Industriestraße 20, 24211 Preetz / Holstein

Bezugsbedingungen

MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich. Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadenersatz.

ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt: GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.



Informationsgemeinschaft
zur Feststellung der
Verbreitung von
Werbeträgern e. V. (IVW)





1.000 junge Leute fanden bisher einen Ausbildungsplatz in der Automatenbranche

Am Automaten breit aufgestellt

Automaten begegnen uns heute überall: In der Arbeitspause ziehen wir uns ein Erfrischungsgetränk aus dem Getränkeautomaten, am Nachmittag heben wir am EC-Automaten Bares ab und nach Feierabend treffen wir uns mit Freunden zum Spiel am Unterhaltungsautomaten in der Kneipe.

Keine Frage: Automaten liegen im Trend. Dabei wirken ihre Leistungen und Dienste zumeist unscheinbar und selbstverständlich. Doch in den Geräten steckt modernste Technik, sekundiert von effizienter Logistik und gutem Service. Was jedoch die wenigsten wissen: eine spezifische Fachausbildung liefert das benötigte Know-how für alle Automatenarten, damit sich Deutschlands Verbraucher rund um die Uhr auf die bundesweit knapp zwei Millionen Geräte aller

Art verlassen können (u.a. 868.000 Warenautomaten, 260.000 Spielautomaten, 780.000 Kleingeräte).

Ein Beruf – zwei Spezialisierungen

Die Automatenbranche stellt mit über 6.200 mittelständischen Unternehmen in den Bereichen Industrie, Großhandel und Automatenaufstellung eine starke Wirtschaftskraft dar, die rd. 110.000 Mitarbeiter beschäftigt. Außergewöhnlich dabei: In der Unterhaltungssparte der Branche arbeiten zu 75 Prozent Frauen. Die Branche erwirtschaftet rd. 5,6 Milliarden Euro im Jahr, die Hälfte davon wird an Geldspielautomaten umgesetzt. Kein Wunder also, dass hierzu ein eigener Ausbildungsberuf geschaffen wurde.

Dieses Berufsbild des Automatenfachmanns/ der Automatenfachfrau gehört seit 2008 zu den staatlich anerkannten Berufsausbildungen mit IHK-Abschluss und wurde jüngst modernisiert. Ob mit Technikscherpunkt oder mit einem Fokus auf Dienstleistungen (wie kaufmännische Prozesse oder Kundenservice), die Ausbildung weckt sowohl das Interesse von Jugendlichen, die im Großhandel ihre Zukunft sehen als auch von denjenigen, die sich eher für IT oder Mechatronik interessieren. Diejenigen, die lieber im Schichtbetrieb und mit Menschen arbeiten, werden im Bereich Kundenservice glücklich. Wer wiederum gerne im Außeneinsatz ist, wird sich eher um die technischen Belange seiner Kunden kümmern.

Für jeden ist also etwas dabei: So konnte 2014 der 1000. Azubi seine berufliche Karriere in der Automatenbranche starten. Fragt man in die Automatenbetriebe hinein, könnten es gerne mehr sein.

Zum sozialen Auftrag verpflichtet

Aus spezifischen Gründen ist der Ausbildungsstart meistens erst ab 18 Jahren möglich: Automaten-techniker sind oft unterwegs und benötigen daher den Führerschein. In der Glücksspielbranche wiederum ist der Zutritt von Spielhallen erst ab 18 erlaubt. Die Suche nach passenden Azubis ist deshalb umständlicher als in anderen Wirtschaftszweigen.

Aus dieser Not hat aber die Automatenwirtschaft eine Tugend gemacht: so werden oft aus schulschwächeren Jugendlichen starke Azubis. Diese können sich über eine international relevante Ausbildung mit Weiterbildungsmöglichkeiten freuen, in einer Branche die immer weiter boomt und durch Technik zur wichtigen Säule unserer mobilen Gesellschaft geworden ist.

Info: www.automatenberufe.de



Innovation
that excites

DER NISSAN PULSAR.

NISSAN PULSAR VISIA

1.5 l dCi, 81 kW (110 PS)

Leasingsonderzahlung: € 0,-

Laufzeit: **48 Monate**

Gesamtlauflistung: **60.000 km**

Monatliche Leasingrate:

AB € 239,-¹ (NETTO)

inkl. Techniksर्वice²



AUCH FÜR GROSSE KLEINUNTERNEHMER.

Mit Abstand am besten: der NISSAN PULSAR mit der größten Beinfreiheit seiner Klasse.³

Mit seinem geräumigen Innenraum, sportlichen Design und einer hochwertigen Verarbeitung bringt der NISSAN PULSAR neue Klasse in die Kompaktklasse. Ob AROUND VIEW MONITOR für 360° Rundumsicht⁴ oder NissanConnect Navigationssystem⁵, der PULSAR überzeugt auch in puncto Ausstattung mit Großzügigkeit. Sparsam ist einzig der 1,5-l-Dieselmotor, mit dem Sie auch entferntere Ziele ins Auge fassen können. Steigen Sie ein und machen Sie Ihr Unternehmen noch ein wenig effizienter.

Mehr Informationen auf nissan-fleet.de

NISSAN PULSAR VISIA 1.5 l dCi, 81 kW (110 PS): Kraftstoffverbrauch (l/100 km): innerorts 4,1, außerorts 3,3, kombiniert 3,6; CO₂-Emissionen (g/km): kombiniert 94,0 (Messverfahren gem. EU-Norm); Effizienzklasse A+.

Abb. zeigt Sonderausstattung. ¹Berechnungsbeispiel für das gewerbliche Leasing bei einer Laufzeit von 48 Monaten bis 60.000 km zzgl. Überführung und Zulassung. Für alle bis zum 30.09.2016 abgeschlossenen Verträge bei Zulassung bis zum 31.10.2016 für das oben ausgewiesene Modell. ²Der Techniksर्वice beinhaltet Wartungskosten und Verschleißreparaturen (gemäß AGB) für die Vertragslaufzeit. Ein Angebot für Gewerbekunden von NISSAN Fleet Services. ³Aussage gültig in Bezug auf die zweite Sitzreihe. ⁴Erst ab Ausstattungsvariante TEKNA. ⁵Optional ab Ausstattungsvariante ACENTA. Ein Angebot für Gewerbekunden von NISSAN Fleet Services, einem Produkt der ALD AutoLeasing D GmbH, Nedderfeld 95, 22529 Hamburg, in Kooperation mit der RCI Banque S.A. Niederlassung Deutschland, Jagenbergstraße 1, 41468 Neuss. Bei allen teilnehmenden NISSAN Händlern. Das Angebot ist gültig für Kleingewerbe mit einem Fuhrpark bis 5 Einheiten sowie Mitglieder eines Verbandes mit Rahmenabkommen mit der NISSAN CENTER EUROPE GMBH über Abrufschein. NISSAN CENTER EUROPE GMBH, Postfach, 50319 Brühl.